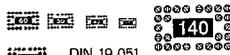


Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985 in der vom Mannheimer Parteitag der SPD am 14. November 1975 beschlossenen Fassung:

„Die Idee des Sozialismus umfaßt
das Ziel einer neuen besseren Gesellschafts-
ordnung und den Weg dorthin. Die konkrete
Gestaltung von Ziel und Weg muß unter gesell-
schaftlichen Bedingungen, die sich unaufhörlich
verändern, stets aufs neue bestimmt werden:
Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe.“



DIN 19 051



SPD
Sozialdemokraten

begleitet sein von einer Reform überholter Strukturen im Staatsapparat und im öffentlichen Dienst und von einem Ausbau der demokratischen Planungskontrolle, die eine Verselbständigung der Planungsapparaturen gegenüber der Politik verhindert.

3. Die Durchsetzung einer Politik des demokratischen Sozialismus als Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei

3.1 Das Bewußtsein der Bürger

3.1.1

Für die Durchsetzung einer Politik des demokratischen Sozialismus ist von zentraler Bedeutung, wie der Bürger seine Stellung in Staat und Gesellschaft einschätzt. Es ist ein gemeinsamer Erfolg der demokratischen Parteien, daß in den 25 Jahren seit Bestehen des Grundgesetzes die Bürger dieses Landes zu ihrem demokratischen Staat ein weit positiveres Verhältnis gefunden haben, als es in der Weimarer Zeit der Fall war. Im Gegensatz zu Weimar kann heute festgestellt werden, daß die große Mehrheit der Wähler das parlamentarische Regierungssystem bejaht. Diese Entwicklung demokratischen Bewußtseins ist vor allem auf die bitteren Erfahrungen mit der faschistischen Diktatur, den Anschauungsunterricht der kommunistischen Systeme Osteuropas, die Gewinnung eines relativ hohen materiellen Lebensstandards und den Ausbau eines beachtlichen Systems sozialer Leistungen sowie die Aufklärungsarbeit staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen, besonders der demokratischen Parteien und Gewerkschaften, zurückzuführen.

Die heutigen politischen Zustände werden von der älteren Generation, verglichen mit dem, was sie in ihrem Leben schon durchgemacht hat, grundsätzlich positiv bewertet. Die junge Generation, die Unfreiheit, Krieg und Hunger nicht erlebt hat, vergleicht das Bestehende weniger mit der Vergangenheit als mit den Forderungen des Grundgesetzes und kommt dabei zu einem weit kritischeren Urteil. In unserer Gesellschaft verbindet

sich der Wunsch, das Erreichte zu bewahren. Der beträchtlichen Reformbedürftigkeit. In Minderheiten der Bevölkerung lebt allerdings eine autoritäre und undemokratische Tradition fort, die reaktionäre Kräfte heute zu reaktivieren suchen.

Das Bewußtsein der Bevölkerung wird nicht nur durch die unmittelbare politische Erfahrung geprägt, sondern auch und besonders durch die Erfahrungen im Arbeitsleben und im Wohn- und Freizeitbereich. In diesem Zusammenhang ist z. B. wichtig, daß heute rund 85 Prozent der Erwerbstätigen in unselbständiger Arbeit stehen, daß der Bereich unselbständiger Arbeit stark differenziert ist und auch die Menschen, die nicht mehr im Arbeitsprozeß stehen, wirtschaftlich weitgehend von dessen Entwicklung abhängig sind.

In allen gesellschaftlichen Beziehungen ist der einzelne durch persönliche Erfolge oder Rückschläge ebenso geprägt wie durch gesellschaftliche Erfahrungen und Erwartungen. Demokratisches Bewußtsein ist in der Bevölkerung so lange nicht gesichert, wie nur die Prozesse und Institutionen des Staates, nicht aber auch diejenigen von Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch gestaltet werden. Denn nach wie vor gilt die Aussage des Godesberger Programms, daß „in der von Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet“ sind. Gesellschaftliche Realität und gesellschaftliches Bewußtsein stehen in einer Wechselwirkung. Sozialdemokratische Politik muß an dem vorhandenen Bewußtseinsstand anknüpfen, wenn sie Notwendigkeit und

Möglichkeit der Veränderung unserer Gesellschaft einsichtig machen, gesellschaftliches Bewußtsein schärfen will. Für das gesellschaftliche Bewußtsein der Bürger haben auch folgende Probleme unserer Gesellschaft an Bedeutung gewonnen:

Ein Großteil der Bedürfnisse der Bürger kann nur gesellschaftlich befriedigt werden. Der Markt als ein Mechanismus der Vermittlung zwischen individuellen Bedürfnissen und wirtschaftlich-gesellschaftlichen Leistungen hat seine Leistungsfähigkeit nicht in dem Maße steigern können, wie es angesichts gestiegener Erwartungen und zunehmender quantitativer und qualitativer Anforderungen der Bürger nötig wäre. Lebensqualität für die Bürger hängt außerdem in zunehmendem Maße von der Bereitstellung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen ab, die nicht über den Markt erfolgen kann. Mit der Verlagerung vom Markt nicht zu lösender Probleme in den politischen Bereich gewinnen staatliche Planung, demokratische Meinungsbildung und Entscheidung zusätzliche Bedeutung. Eine vorausschauende Politik ist nicht nur zur Lösung der bestehenden Probleme erforderlich, sondern sie ist auch geeignet, das Gefühl von Ungewißheit und Unsicherheit abzubauen. Jedoch können bei der Vervielfachung der staatlichen Aufgaben, der inneren Differenzierung der Staatsfunktionen, der Kompliziertheit der Planungen und dem Auseinanderfallen von Planungs- und Wahlzeiträumen Wählerbedürfnisse durch allgemeine Wahl nicht in allen Einzelheiten vermittelt werden.

Der Bürger erfährt daher seine Lage zunehmend als die einer umfassenden, aber weitgehend undurchsichtigen

Abhängigkeit von den Leistungen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Organisationen. Die dem Bürger zur Verfügung stehenden politischen Wahlmöglichkeiten bestimmen zwar die allgemeine Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung; der Einfluß dieser Wahlmöglichkeiten auf die tatsächliche Lage des Bürgers im einzelnen bleibt (ihm) aber nicht selten unklar. Die Bürger erkennen zwar zunehmend, wie stark ihre persönliche Lebens- und Arbeitssituation von den wirtschaftlichen und sozialen Strukturen unserer Gesellschaft abhängt, gleichzeitig wird aber bei dem Bürger das Gefühl der Einflußlosigkeit, wenn nicht des Ausgeliefertseins verstärkt (durch den Mangel an Möglichkeiten, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozesse mitzubestimmen, von denen sie unmittelbar oder mittelbar betroffen werden).

In Zeiten krisenhafter Entwicklungen in der Weltwirtschaft kann ein solches Gefühl der Abhängigkeit und des Ausgeliefertseins erhebliche politische Bedeutung erlangen. Die Anfälligkeit für schemenrationale Orientierungshilfen der Schlagworte und der Meinungsindustrie wächst ebenso wie die Anfälligkeit für rechte Angstkampagnen und linke Heilslehren. Konservative und reaktionäre Kräfte versuchen heute, im Rahmen eines „Klassenkampfes von oben“ diese Anfälligkeit für ihren Kampf gegen die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und die Verstärkung demokratischen Bewußtseins auszunutzen. Ebenso versuchen Kräfte „links“ von der SPD aus dieser Situation Vorteile zu ziehen.

Auch eine von Sozialdemokraten bestimmte staatliche Politik bedarf, um

dieser Herausforderung erfolgreich zu begegnen, einer festen Verankerung in der Bevölkerung.

3.1.2

Die zur Durchsetzung einer langfristigen sozialdemokratischen Politik erforderlichen parlamentarischen Mehrheiten können nur gewonnen und auch gegenüber kurzfristigen Enttäuschungsreaktionen behauptet werden, wenn es gelingt, die Grundwerte und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus – durch solidarisches Eintreten für die gemeinsamen Interessen der breiten Schichten unseres Volkes, durch Ausbau von gesellschaftlichen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechten, durch konsequente demokratische Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit – fest im Bewußtsein unseres Volkes zu verankern.

Für eine sozialdemokratische Strategie reicht es also nicht aus, Regierungsverantwortung in Bund, Ländern und Gemeinden zu erringen, besser als bisher zu koordinieren und zu behaupten. Auf mittlere und längere Sicht hat sozialdemokratische Politik auch auf der staatlichen Ebene nur dann Erfolgchancen, wenn sie mit einer breit und langfristig angelegten Vertrauensarbeit unserer Partei in der Bevölkerung einhergeht. Bei diesem Sachverhalt – der mit dem oft mißverständlichen Begriff „Doppelstrategie“ belegt worden ist – handelt es sich um zwei Seiten einer einheitlichen sozialdemokratischen Strategie. Eine Strategie dagegen, die den Konflikt zwischen der Basis der Partei und deren Mandatsträger zum Prinzip erhebt, muß zur Handlungsunfähigkeit der Partei führen und kann nicht mit dem Begriff der „Doppel-

strategie“ in Übereinstimmung gebracht werden.

3.2 Die Vertrauensarbeit der Partei

3.2.1

Sozialdemokratische Politik für die Menschen unseres Landes kann nur mit diesen Menschen gemacht werden. Sie darf ihnen weder besserwisserisch noch herablassend gegenüberreten. Sie setzt die Offenheit der Partei in der inneren Diskussion ebenso voraus, wie die Geschlossenheit der Partei im Auftreten nach außen.

Gerade weil die politischen Probleme ständig komplexer werden, kann die Sozialdemokratie gesellschaftliche Breitenwirkung nur entfalten, wenn sie die Grundwerte und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus nachhaltig und offensiv vertritt. Sozialdemokraten müssen ihren Mitbürgern immer wieder deutlich machen, aus welcher menschlichen Grundhaltung und welchen Wertentscheidungen heraus sozialdemokratische Politik konkret gestaltet wird. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, daß Sozialdemokraten überall, insbesondere aber dort, wo sie die politische Verantwortung tragen, in ihrer täglichen Praxis, in ihrem Umgang miteinander und in ihrem Verhalten gegenüber denen, in deren Interesse sie tätig sein wollen, die Übereinstimmung ihres Handelns mit ihren eigenen Ansprüchen deutlich werden lassen.

Von der Vertrauensarbeit der Partei sind im wesentlichen fünf Aufgaben zu erfüllen, in denen jeweils eine kompli-

zierte Verschränkung der Kommunikation „von oben“ und „von unten“ zu leisten ist. Diese Vorstellung ist von einem blinden Glauben an spontane Basisbewegungen genauso weit entfernt wie von einem manipulierten Konzept des „demokratischen Zentralismus“ im kommunistischen Sinne.

Die erste Aufgabe sozialdemokratischer Vertrauensarbeit ist es, die Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere der Arbeitnehmer, zu ermitteln und sie in die politische Diskussion und Entscheidung einzuführen. Nur wenn es uns gelingt, einer ständig wachsenden Zahl von Bürgern den Prozeß der praktischen Umsetzung ihrer Bedürfnisse in politisches Handeln deutlich zu machen und sie hieran zu beteiligen, werden wir das gerade in großen Teilen der Arbeitnehmererschaft verbreitete Gefühl der Einflußlosigkeit abbauen können. Erst wenn wir die tatsächlichen Ursachen für das Zustandekommen dieses Gefühls aufzeigen, wird unsere Antwort glaubwürdig, daß gesellschaftliche Ohnmacht durch gemeinsames politisches Handeln überwindbar ist.

Zweitens hat die Vertrauensarbeit die Aufgabe, eine längerfristige politische Orientierung anzubieten, die es allen Mitgliedern und Wählern unserer Partei erlaubt, einen Maßstab für die Beurteilung tagespolitischer Kompromisse zu gewinnen. Nur wenn hinreichende Klarheit über die Ziele einer Politik des demokratischen Sozialismus besteht, können Erfolge, Zwischenschritte und Rückschläge auf dem Weg zu diesen Zielen zutreffend beurteilt werden. Erst eine solche Orientierung, in deren weiter reichender Perspektive auch Enttäuschun-

gen und Rückschläge sozialdemokratischer Regierungs- und Parteipolitik verarbeitet werden können, kann die verlässliche Vertrauensgrundlage schaffen, die sozialdemokratische Politik in die Lage versetzt, tagespolitische Notwendigkeiten mit langfristiger Strategie zu verbinden. Eine Beschränkung auf von politischen Grundüberzeugungen losgelöste Sympathiewerbung würde die SPD dagegen letztlich zu einem austauschbaren Objekt auf dem Markt der politischen Parteien werden lassen.

Drittens hat eine sozialdemokratische Vertrauensarbeit die Aufgabe, die vielfältige Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit anderen demokratischen Kräften zu stützen. Je mehr Bürger unseres Landes im Sinne sozialdemokratischer Politik motiviert sind, um so geringer werden die Abstriche von den eigenen politischen Zielvorstellungen sein müssen, die eine Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften nun einmal erfordert. Die Vertrauensarbeit der Partei kann also die Bedingungen der unumgänglichen politischen und institutionellen Kooperation verschieben und damit die Erfolgchancen sozialdemokratischer Politik verbessern. Dabei müssen Hindernisse und grundsätzliche Gegner sozialdemokratischer Reformpolitik aufgezeigt und beim Namen genannt werden. Zugleich muß offengelegt werden, aus welchen wirtschaftlichen und politischen Interessen heraus sozialdemokratische Politik bekämpft wird und wie die Alternativen des politischen Gegners sich auf die Interessen der Bürger auswirken.

Viertens hat die Vertrauensarbeit in der Bevölkerung die Aufgabe, die Fähigkeit der Bürger zur selbstverantwortli-

chen Lösung gesellschaftlicher Probleme in ihrem eigenen Lebens- und Arbeitsbereich zu verbessern. Der Bürger muß die Möglichkeit haben, sich über eine Beteiligung an Wahlen hinaus und über eine Parteimitgliedschaft hinaus an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen.

Kann der Bürger an der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse selbst aktiv teilnehmen, wächst sein Verständnis dafür und steigt seine Bereitschaft zu weiterer politischer Tätigkeit. Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in Unternehmen und Verwaltung, Gemeinschaftsprojekte, Gruppenbildung und Bürgerinitiativen können – jedenfalls im engeren Lebens- und Arbeitsbereich – den Einfluß des Bürgers erhöhen.

– Fünftens hat die Vertrauensarbeit die Aufgabe, politische Entscheidungen sozialdemokratisch geführter Regierungen vor dem Bürger zu begründen. Politische Entscheidungen, auch notwendige Kompromisse, müssen im Zusammenhang mit den Zielen des demokratischen Sozialismus erläutert werden. Vertrauensarbeit muß im übrigen nicht nur dazu beitragen, daß sozialdemokratische Politik von den Betroffenen verstanden wird, sondern auch dazu, daß die durch diese Politik geschaffenen Möglichkeiten auch wirklich von denen genutzt werden, in deren Interesse die Politik betrieben wird.

3.2.2

Die Entwicklung einer politischen Strategie ist von der Vertrauensarbeit der Partei abhängig. Wer politische Ziele festlegen will, muß wissen, wie die Dinge sind und was die Menschen wollen.

Diese Ziele können weder idealistisch-abstrakt noch in einer von den Menschen losgelösten normativ-autoritären Weise festgelegt werden. Ebensovwenig kann die Zielsetzung der Partei jedoch aus einer unverarbeiteten Addition spontaner „Basisforderungen“ gewonnen werden. In den erforderlichen vielfältigen Vermittlungs- und Diskussionsprozessen auf allen Ebenen der Parteiorganisation liegt die wichtigste und zugleich die schwierigste Funktion, die von der Partei zu erfüllen ist.

3.2.3

In diesem Vermittlungsprozeß liegt zugleich ein wichtiger Beitrag zur längerfristigen Orientierung der Bevölkerung über die derzeitigen Grenzen staatlicher Handlungsmöglichkeiten und damit zum Abbau unrealistischer Erwartungen und irrational gesteigerter Reaktionen bei der Enttäuschung solcher Erwartungen. Auf der Grundlage eines derartigen Meinungsaustauschs zwischen der Partei und der Bevölkerung ist auch eine gefestigte Zustimmung der Bürger zu der in ihrem Interesse notwendigen Erweiterung der staatlichen Handlungsmöglichkeiten erreichbar.

3.2.4

Die Entwicklung einer langfristigen Zielorientierung ist aber nicht nur für die Vertrauensarbeit, sondern auch für die praktische Durchsetzung sozialdemokratischer Politik von großer Bedeutung. In einer politischen Strategie dürfen und können staatliche und kommunale Amtsträger nicht im Sinne eines imperativen Mandats in Einzelentscheidungen festgelegt werden. Aber sie muß

die Richtung der Entscheidungen sozialdemokratischer Amts- und Mandatsträger bestimmen, wenn sie wirksam sein soll. Nur aus einer solchen Disziplin und Geschlossenheit im Auftreten nach außen erwachsen praktische Erfolge.

Diese Richtungsbestimmung hat auch für den Staat Bedeutung: Sie vergrößert die Chance, die Eigenständigkeit der Politik gegenüber dem Gewicht des Staatsapparates durchzusetzen und trägt wesentlich dazu bei, die notwendige Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Entscheidungsinstitutionen sicherzustellen. Die Orientierung, sozialdemokratisch geführter Ressorts in Bund, Ländern und Gemeinden an gemeinsamen politischen Zielen kann die Handlungsfähigkeit und damit die Leistungsfähigkeit des Staates bedeutend steigern.

In ähnlicher Weise kann die Sozialistische Internationale – vor allem eine besser organisierte und lebendigere Sozialistische Internationale – die Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratisch geführten Regierungen und zwischen den Parteien des demokratischen Sozialismus in Europa und in der Welt erleichtern.

3.3

Folgerungen für die Sozialdemokratische Partei und ihre Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen und befreundeten Organisationen, vor allem mit den Gewerkschaften

3.3.1

Die Vertrauensarbeit in der Bevölkerung als Bestandteil einer einheitlichen

sozialdemokratischen Strategie erfordert eine große neue Anstrengung der Partei, bei der sie organisatorisch, methodisch und im personellen Engagement neue Wege betreten muß. Die Arbeitsformen einer vorwiegend auf die innerparteiliche Willensbildung und die parlamentarische Arbeit hin orientierten Partei reichen für eine wirkungsvolle Vertrauensarbeit nicht aus.

Erste Voraussetzung einer wirklichen Vertrauensarbeit ist der konsequente Ausbau der innerparteilichen Demokratie im Sinne der offenen Diskussion und der Aktivierung möglichst vieler Mitglieder für unsere politischen Ziele. Beides kann nur erreicht werden durch die weitere Verbesserung unseres Informationswesens, damit für eine größere Zahl von Sozialdemokraten politische Information verfügbar und anwendbar wird, und über den Ausbau unserer Schulungsarbeit, deren wesentliche Aufgabe in der Vertiefung von Kenntnissen und in der Mitarbeit an der längerfristigen politischen Orientierung der Partei liegt. Zugleich müssen Teile der Parteiarbeit – gerade auch der Schulungsarbeit – in Fortentwicklung schon vorhandener „offener“ Formen verstärkt für Bürger geöffnet werden, die nicht Mitglieder der Partei sind, sich aber für deren Arbeit interessieren.

Weitere Voraussetzung ist, daß die Partei sich auch außerhalb von Wahlkampfzeiten verstärkt nicht nur um ihre eigenen Probleme, sondern um die der Bürger kümmert. Dazu gehört u. a.:

– Unterstützung der Arbeit von Initiativgruppen zur Lösung unmittelbarer sozialer Probleme wie Nachbarschaftshilfe, Seniorenhilfe, Kinderspielplatzinitiativen u. a.

- Verstärkung der Zielgruppenarbeit in der Bevölkerung.

- Aktivierung der bereits aus dem Arbeitsleben ausgeschiedenen Parteimitglieder, die über viel Erfahrung und oft auch über viel Zeit verfügen, für die Nachbarschafts- und Zielgruppenarbeit, vor allem auch unter alten Menschen.

- Unterstützung der Ortsvereine bei der Herausgabe von Stadtteilzeitungen.

- Verbesserung der Betriebsgruppenarbeit durch Unterstützung von Betriebszeitungen und durch Verbesserung der Mitwirkungsrechte der Betriebsgruppen durch Entwicklung von Modellen, die prüfen, wie Betriebsgruppenarbeit und Ortsvereinsarbeit besser verzahnt werden können.

- Eine bessere Verzahnung der parlamentarischen Arbeit mit der Parteiarbeit auf allen Ebenen in der Diskussion grundsätzlicher politischer Themen mit dem Bürger.

3.3.2

Zur Vertrauensarbeit gehört ferner das offene Gespräch und die Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Gruppen, vor allem auch den Kirchen und religiösen Verbänden. Darin dürfen wir uns durch die Konfrontationspolitik der Konservativen nicht beirren lassen.

Nachdem sich das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Umfeld der alten Arbeiterbewegung, in dem die SPD fest verankert war, grundlegend gewandelt hat, ist zur breiten Verankerung der Partei in der heutigen Gesellschaft die Mitarbeit in und die enge Zusammenarbeit mit den vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen erforderlich, in denen sich Bürger für religiöse und kulturelle Zwecke,

für soziale Aufgaben, für Kunst und Bildung, für Sport und Spiel, für Geselligkeit und Unterhaltung zusammenfinden. Sozialdemokraten müssen auch mit dafür sorgen, daß diese gesellschaftlichen Gruppen ohne behördliche Bevormundung unterstützt werden.

Die Tätigkeit von Sozialdemokraten in solchen Gruppen trägt wesentlich dazu bei, unsere Politik verständlich zu machen und durchzusetzen. Sie kann zugleich dazu beitragen, zu einer neuen kooperativen Aufgabenverteilung zwischen Staat und gesellschaftlichen Gruppen zu gelangen (s. oben 2.4.8).

3.3.3

Die einheitliche Strategie des demokratischen Sozialismus kann nicht allein von der Partei getragen werden. Dafür reicht die im Verhältnis zur Anhängerschaft immer noch zu geringe Mitgliedschaft unserer Partei nicht aus. Die Vermittlung sozialdemokratischer Politik wird außerdem dadurch behindert, daß nicht alle Schichten unserer Anhängerschaft gleichmäßig an der politischen Arbeit unserer Partei teilnehmen. Schon deshalb kommt den befreundeten Organisationen, in erster Linie den Gewerkschaften, ein besonderer Stellenwert zu. Die Zusammenarbeit mit ihnen muß deshalb noch enger werden.

Die Zusammenarbeit von SPD und Gewerkschaften ist im gemeinsamen Kampf der Arbeiterbewegung begründet. Grunderfahrungen dieses Kampfes sind, daß Partei und Gewerkschaften aufeinander angewiesen sind und daß die Arbeitnehmer zur Wahrnehmung ihrer Interessen einheitlicher gewerkschaftlicher Organisation bedürfen. Gemeinsames

Ziel von Partei und Gewerkschaften ist eine Wirtschafts- und Sozialordnung, in der Freiheit und Gleichheit für alle Menschen und Bevölkerungsschichten verwirklicht werden. Der Weg hierzu führt über Reformen, wie z. B. die Sicherung und Humanisierung der Arbeitsplätze, die Ausdehnung gesellschaftlicher Mitbestimmung und die Reform der Berufsbildung, die Verbesserung des Gesundheitswesens und die menschenwürdige Gestaltung unserer Städte und Gemeinden. Viele dieser Reformen liegen im Spannungsfeld von Kapital und Arbeit und müssen gegen den Widerstand sowohl der konservativen Parteien als auch der Unternehmensverbände durchgesetzt werden.

3.3.4

Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei müssen die Selbständigkeit ihrer Organisation und Aufgabenstellung wechselseitig respektieren. Die Gewerkschaften können der Partei weder die Aufgaben der politischen Führung noch die der Aktivierung und Mobilisierung der Mitglieder, Anhänger oder der Bevölkerung insgesamt abnehmen. Das gleiche gilt für die Fortentwicklung unseres Sozialstaates durch Gesetzgebung und Regierungshandeln.

Die SPD bejaht die Organisationsform der Einheitsgewerkschaft, die ohne Unterschied der parteipolitischen und religiösen Auffassungen alle Arbeiter, Angestellten und Beamten vereinigt, und sie bejaht ihre Unabhängigkeit. Die Arbeit der Gewerkschaften ist schon lange nicht mehr auf die Lohn- und Einkommenspolitik und die Verbesserung der unmittelbaren Arbeitsbedingungen beschränkt,

auch wenn diese nach wie vor im Zentrum der gewerkschaftlichen Aktivitäten stehen. Sie liegt heute in der umfassenden, an der verantwortlichen Mitgestaltung unseres Gemeinwesens orientierten Vertretung der Arbeitnehmerinteressen auf gesellschaftlichem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet. Die Bedeutung der Gewerkschaften nimmt aufgrund des ständigen Konzentrationsprozesses in der Wirtschaft, der wachsenden Macht der Unternehmensverbände und der gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten von großen Teilen der CDU/CSU und gewisser Presseorgane zu. Diese versuchen mit der Parole vom „drohenden Gewerkschaftsstaat“, politische und gewerkschaftliche Rechte und Freiheiten zu beschneiden. Demgegenüber betont schon das Godesberger Grundsatzprogramm: „In der heutigen Wirtschaft sind die Arbeitnehmer denen ausgeliefert, die die Kommandostellen der Unternehmen und ihrer Verbände besetzen, wenn sie ihnen nicht in unabhängigen Gewerkschaften ihre solidarische, demokratisch geordnete Kraft entgegenstellen, um die Arbeitsbedingungen frei vereinbaren zu können.“ Die Sozialdemokratie verteidigt daher die Tarifautonomie und das Streikrecht. Sie tritt für das Verbot der vertraglösenden Aussperrung ein.

3.3.5

Das Godesberger Grundsatzprogramm bezeichnet die Gewerkschaften auch als „wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses“. Die gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben und Behörden ist von ausschlaggebender Bedeutung für die politische Erkenntnis der Arbeitnehmer, daß die Ver-

besserung unserer gesellschaftlichen Ordnung notwendig und möglich ist. Diese Arbeit schafft – zusammen mit der Vertrauensarbeit der Partei – das politische Klima, das für eine erfolgreiche Reformpolitik notwendig ist.

Die Gewerkschaften stehen vor ähnlichen Aufgaben wie die SPD: Die Arbeit der Vertrauensleute, der Ausbau der Mitbestimmung auch am Arbeitsplatz, die Ausgestaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie können Wesentliches zur Entwicklung unserer gesellschaftlichen Ordnung im Sinne des demokratischen Sozialismus leisten. Die SPD fordert daher alle Mitglieder auf, die gewerkschaftliche Arbeit an ihrem jeweiligen Arbeitsplatz in Betrieben und Behörden aktiv mitzutragen.

4. Schwerpunktbereiche

Im folgenden sollen die allgemeinen Darlegungen der Abschnitte 1 bis 3 zu den Grundforderungen des demokratischen Sozialismus, zur Situation und zu den inneren Problemen der Bundesrepublik, zur Politik der Sozialdemokratie und ihren Durchsetzungschancen durch das Eingehen auf sechs konkrete politische Bereiche ergänzt werden:

- Modernisierung unserer Wirtschaft als Grundvoraussetzung langfristiger Arbeitsplatzsicherung,
- Reform der Berufsbildung,
- Humanisierung der Arbeitswelt,
- Reform des Gesundheitswesens,
- Städteplanung und Stadtentwicklung,
- Gleichstellung der Frauen.

Diesen Bereichen kommt in den Jahren bis 1985 für die Politik der deutschen Sozialdemokratie besondere Bedeutung zu. Damit ist nicht gemeint, daß wir die Masse der Finanzmittel auf diese Bereiche konzentrieren könnten oder sollten, wenn die sachliche Bedeutung dieser sechs Schwerpunkte sicher auch in der Haushalts- und Finanzpolitik ihren Niederschlag finden muß. Gemeint ist vielmehr, daß wir die Diskussion und die Arbeit der Partei auf diese Schwerpunkte konzentrieren sollten, weil ihnen für die in den Abschnitten 1 bis 3 analysierten Probleme beispielhafte Bedeutung zukommt.

Die Konzentration auf die Modernisierung unserer Wirtschaft, auf die langfristige Sicherung international wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze, trägt den Veränderungen in der Weltwirtschaft und deren Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur der Bundesrepublik Rechnung. Die Politik der So-

zialdemokraten muß in einer schwierigen Periode der Welt- und der Weltwirtschaftspolitik die Position der Bundesrepublik in der Welt neu sichern. Das ist die Basis für unsere Politik mit dem Ziel einer gerechteren Verteilung von Lebenschancen, Einkommen und Vermögen und für eine bessere Ordnung im Innern.

Die Reform der Berufsbildung ist beispielhaft für den engen Zusammenhang von sozialdemokratischer Reformpolitik und Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Sie soll dem einzelnen die Entfaltung seiner Talente und Fähigkeiten und einen seinen Leistungen entsprechenden Aufstieg im Berufsleben ermöglichen. Zugleich trägt eine bessere Berufsausbildung wesentlich zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und damit zur langfristigen Sicherung moderner Arbeitsplätze bei.

Die Bemühungen um die Humanisierung der Arbeitswelt, um menschengerechte Arbeitsplätze und eine menschenwürdige Arbeitsorganisation, entspringen der Einsicht, daß die Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft ein zweifelhaftes Ziel wäre, wenn sie auf Kosten der arbeitenden Menschen ginge. Wir dürfen den Menschen nicht der Eigengesetzlichkeit technischer und wirtschaftlicher Zwänge aussetzen, wir müssen Technik und Wirtschaft in den Dienst des Menschen stellen. Auch in der Arbeitswelt muß der Mensch zugleich als politisches Wesen ernstgenommen werden, d. h., er muß am Arbeitsplatz, im Betrieb und im Unternehmen in Solidarität mit seinen Arbeitskollegen über sein eigenes Leben mitbestimmen können.

Die Reform des Gesundheitswesens ist mit der Humanisierung des Ar-

beitslebens eng verbunden, geht aber weit über sie hinaus. Vorkehrungen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit sind von existentieller Bedeutung für jeden von uns. Die Verantwortung für sie liegt sowohl beim einzelnen wie bei der Gesellschaft. Unser Gesundheitswesen, das sich, bezogen auf den individual-medizinischen Standard, in der Welt durchaus sehen lassen kann, weist in den arbeits- und sozialmedizinischen Bereichen einschließlich der Vorsorge Mängel auf. Es ist überdies von verschiedenen Faktoren bedroht, die vor allem eine gefährliche Steigerung der Kosten bewirken: Unvernunft vieler Menschen im Umgang mit ihrer Gesundheit, die durch Umweltdruck einschließlich gesundheitsschädlicher Werbung bestärkt wird; ein unübersichtlicher Markt mit überteuerten Arzneimitteln; ein von finanziellen Eigeninteressen bestimmtes Verhalten zahnärztlicher und auch ärztlicher Berufsverbände; ein zur Selbstkostenmaximierung neigendes Krankenhauswesen und ein Krankenkassensystem, das dies alles eher honoriert als verhindert. Mangelnde Koordinierung der im Gesundheitswesen tätigen Personen und Einrichtungen, vor allem zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor, und Widerstand der durch das bestehende System Privilegierten gegen eine Reform kommen hinzu. So offensichtlich daher auch die Notwendigkeit einer Reform des Gesundheitswesens ist, sie begegnet massiven Widerständen und Schwierigkeiten und bedarf daher einer gut durchdachten politischen Strategie.

Der fünfte Schwerpunkt, Städteplanung und Stadtentwicklung, faßt im

Querschnitt die vorhergehenden Schwerpunktbereiche zusammen. Denn unsere Städte sind zugleich Stätten der Politik wie der Wirtschaft, des Berufs- wie des Familien- und Privatlebens, der Arbeit wie der Freizeit. Und immer mehr Menschen unseres Landes wohnen in Städten. Fast alle Reformvorhaben – von einer verbesserten Infrastruktur über die Reform des Bodenrechts, den sozialen Wohnungsbau und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs bis hin zur Reform des Bildungs- und Schulwesens – müssen überwiegend in den Gemeinden in die Tat umgesetzt werden, werden dort praktisch. Städteplanung und Stadtentwicklung sind daher von entscheidender Bedeutung für die Lebensqualität in unserem Lande.

Die Gleichstellung der Frauen schließlich ist eine alte, aber immer noch nicht voll verwirklichte Forderung der Sozialdemokratie. Gerade hier zeigt sich, wie schwer es ist, gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern. Um so wichtiger ist eine neue Anstrengung in diesem Bereich.

4.1 Modernisierung unserer Wirtschaft als Grundvoraussetzung langfristiger Arbeitsplatzsicherung

4.1.1

Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, die auf die Gestaltung der Wirtschaft gerichteten Interessen der großen Mehrheit unseres Volkes zu vertreten, insbesondere dann, wenn sie bislang nicht oder nur ungenügend beachtet

worden sind. Dementsprechend verfolgen wir vorrangig folgende Ziele:

– Vollbeschäftigung in allen Regionen unseres Landes zu sichern, ist die Grundforderung unserer Wirtschaftspolitik. Darüber hinaus geht es um die stetige Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze.

– Es gilt, eine stetige wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten, wobei gerade angesichts begrenzter Wachstumpotentiale in wesentlich stärkerem Maße als bisher aus der Sicht der Verbraucher wie der Allgemeinheit Qualität und Nebenwirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung Beachtung finden müssen.

Gerechte Verteilung der Einkommen ist die wichtigste Voraussetzung dafür, daß die Leistungen der Volkswirtschaft allen Bürgern zugute kommen.

– Relative Stabilität des Preisniveaus ist eine Voraussetzung sowohl für eine planvolle Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung als auch eine rationale Auseinandersetzung zwischen den Gruppen um die Verteilung des Sozialproduktes. Allgemeine Preissteigerungen gehen vor allem zu Lasten der wirtschaftlich Schwachen.

– Eine Vielfalt von kleinen und mittleren selbständigen Unternehmen ist unerlässlich für ein differenziertes und anpassungsfähiges Angebot von Gütern und Leistungen und für einen wirksamen Wettbewerb.

– Über die Lösung unserer eigenen unmittelbaren Probleme hinaus wollen wir unseren wirtschaftlichen Beitrag zur Entwicklung der weniger industrialisierten Staaten verstärken. Ohne internationale Solidarität ist auf die Dauer auch der wirtschaftliche Fortschritt unseres Volkes nicht zu sichern.

Diese Ziele unserer Wirtschaftspolitik stehen solange in Widerspruch zueinander, wie die Struktur der Wirtschaft selbst mangelhaft ist. Um sie gleichmäßig und gleichzeitig in hinreichendem Maße verwirklichen zu können, ist eine Beeinflussung und Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung erforderlich, die wesentlich intensiver und besser koordiniert sein muß als die bisherige Wirtschaftspolitik. Modernisierung der Wirtschaft setzt darum Modernisierung der Wirtschaftspolitik voraus.

4.1.2

Die Verwirklichung unserer wirtschaftspolitischen Ziele stößt auf besondere Schwierigkeiten angesichts unserer intensiven Verflechtung mit der Weltwirtschaft, die zwar Voraussetzung unseres Wohlstands ist, besonders in Zeiten instabiler weltwirtschaftlicher Entwicklung, aber immer neue, unvorhersehbare Probleme mit sich bringt und den Spielraum unserer nationalen Entscheidungen erheblich einengt:

– Die lange betriebene Politik der festen Wechselkurse hat über eine ausgeprägte Unterbewertung der DM zu nicht unerheblichen Verzerrungen und Fehlentwicklungen in unserer Wirtschaftsstruktur geführt, deren Folgen wir heute spüren. Der Anteil der Industrie am Sozialprodukt ist in der Bundesrepublik weit höher als in vergleichbaren Staaten. Weiterhin sind teilweise die Industriezweige überstark gewachsen oder ungenügend abgebaut worden, die in der internationalen Konkurrenz lediglich aufgrund von Preisvorteilen bestehen konnten, die bei richtigen Wechselkursen nie entstanden wären. Hierdurch wurde die

Umstellung auf technologisch höherwertige Produkte nicht so schnell und nachhaltig betrieben, wie es wünschenswert gewesen wäre.

– Der ungesteuerte Zustrom ausländischer Arbeitnehmer hat in der Bundesrepublik zu einer Konservierung überholter wirtschaftlicher Strukturen beigetragen: Die ständige Ausweitung des Angebots von Arbeitskräften für minderqualifizierte Arbeitsplätze hat den Abbau von Ungerechtigkeiten der Einkommensverteilung behindert und die Konzentration der industriellen Investitionen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen mit höheren Qualifikationsanforderungen beeinträchtigt. Darüber hinaus hat der Zustrom ausländischer Arbeitnehmer auch für die Herkunftsländer neben Vorteilen auch Nachteile zur Folge gehabt, da er die Auslagerung lohnintensiver Massenfertigungen in diese Länder weitgehend überflüssig gemacht hat.

– Der durch falsche Währungsrelationen erzeugte zu hohe Außenhandelsüberschuß hat das Wachstum unseres Wohlstands verlangsamt, weil das binnenwirtschaftliche Angebot an Gütern verringert wurde, und hat damit erheblich zu den Preissteigerungen beigetragen. Die mit diesem Außenhandelsüberschuß verbundenen Defizite unserer Handelspartner beeinträchtigen zugleich deren wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität und vergrößern die Gefahr des Zusammenbruchs unserer Exportmöglichkeiten. (Die im Frühjahr 1975 ruckartig erfolgten Rückgänge der Exportaufträge haben diese Gefahr drastisch bestätigt.)

– Die künftige Entwicklung der Rohstoffpreise ist heute unabsehbar. We-

sentliche Verteuerungen der Rohstoffe wirken in der Bundesrepublik zwar kurzfristig wachstumsmindernd. Es darf aber nicht übersehen werden, daß sie mittelfristig einen wichtigen Impuls zu technologischer Entwicklung darstellen. Im übrigen sichert der durch die gestiegenen Rohstoffpreise bewirkte Wohlstandstransfer insofern mittel- und längerfristig bei uns auch Arbeitsplätze, als durch die Umverteilung der internationalen Liquidität die Nachfrage der rohstoffverzeugenden Länder nach Industrieprodukten gestärkt wird. Die weniger entwickelten Länder, die keine Rohstoffe besitzen, sind die eigentlich Betroffenen der Rohstoffverteuerung, da sie nicht das technologische Potential haben, um auf diese Herausforderung mit technischen Innovationen zu antworten.

Unsere wirtschaftspolitischen Ziele können unter den gegebenen internationalen Verhältnissen durch Einflüsse von außen gefährdet werden. Dieser Gefährdung kann mit den Mitteln nationalstaatlicher Politik nur begrenzt entgegen gewirkt werden. Nur eine internationale Politik, die allen Völkern eine gerechte Teilhabe am Wohlstand der Welt zu sichern vermöchte, würde diese Probleme an ihrer Wurzel lösen können. Gleichwohl läßt sich auch unter den gegenwärtigen Bedingungen ein erhebliches Maß an außenwirtschaftlichen Beeinträchtigungen unserer wirtschaftlichen Entwicklung vermeiden, wenn folgende Grundsätze beachtet werden:

– Ein System kontinuierlicher Wechselkursanpassung muß dafür Sorge tragen, daß die Außenhandelsüberschüsse sich langfristig auf jene Größenordnung einpendeln, die zum Ausgleich der Lei-

stungsbilanz und der langfristigen, nicht spekulativen Kapitalverkehrsbilanz notwendig ist.

– Auch in der nächsten Hochkonjunktur muß ein Wiederaufwachen der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer vermieden werden. Wenn jene lohnkostenintensiven Massenfertigungen, die ihre Konkurrenzfähigkeit bislang in hohem Maße der DM-Unterbewertung und dem Zustrom ausländischer Arbeitnehmer zu verdanken haben, allmählich in die Herkunftsländer sowie ganz allgemein in Entwicklungsländer verlagert werden, muß eine entsprechende Struktur- und Arbeitsmarktpolitik im eigenen Lande dafür sorgen, daß diese Verlagerungen nicht zu regionaler und sektoraler Arbeitslosigkeit führen. Die notwendigen strukturellen Anpassungen dürfen jedoch nicht einseitig zu Lasten der bei uns bereits beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer durchgeführt werden.

– Mit einer Industrialisierung von wenig industrialisierten Ländern werden sich Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung ergeben, denen sich unsere Wirtschaftspolitik weder entgegenstellen kann noch darf. Allerdings muß eine konsequente Öffnung unserer Binnenmärkte für die Industrieerzeugung der Entwicklungsländer begleitet sein von einer vorausschauenden sektoralen Strukturpolitik, welche sich auf gezielte Hilfen zur krisenfreien Schrumpfung der strukturbedrohten Wirtschaftszweige und auf die Förderung der auf lange Sicht konkurrenzfähigen Sektoren konzentriert.

– Die weltweite Rohstoffverteuerung hat die Notwendigkeit einer vorausschauenden Rohstoff- und Energiepolitik des Staates deutlich werden lassen, die den

erforderlichen Import langfristig zu sichern sucht und den inländischen Verbrauch reguliert. Hier ist eine Vorfinanzierung der Lagerhaltung von Rohstoffen aus den Devisenbeständen der Zentralbanken möglich, womit zusätzliche Belastungen für die öffentlichen Haushalte vermieden und die Überschüsse aus der Handelsbilanz sinnvoll angelegt würden. Die Entwicklung von rohstoff- und energiesparenden Technologien bedarf besonders intensiver Förderung.

Auf allen Ebenen der internationalen Politik, muß sich die Bundesrepublik darum bemühen, das Abgleiten der Weltwirtschaft in einen neuen Protektionismus zu verhindern. Hierfür gibt es keine Rezepte. Sicher aber ist, daß ohne internationale Solidarität und Hilfsbereitschaft auf die Dauer auch kein freier Welthandel gedeihen kann. Daher müssen insbesondere die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung ernsthaft geprüft werden.

4.1.3

Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und längerfristige Sicherung der Vollbeschäftigung bedingen eine Überwindung jener wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die immer wieder die kreditpolitische Drosselung der wirtschaftlichen Entwicklung zum Zwecke der Preisstabilisierung erzwingen. Demgemäß gilt es, die Preisstabilisierungspolitik auf die Bekämpfung der Inflationsursachen zu konzentrieren.

Wichtige Komponenten einer solchen Politik sind:

– Sicherstellung eines stabilen außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.

– Konsequente Bekämpfung aller Wettbewerbsbeschränkungen und Marktvermächtnungen in der Wirtschaft, um zu verhindern, daß eine wachsende Nachfrage statt mit Angebotsvermehrung mit Preiserhöhungen beantwortet wird, und daß auch bei einem Rückgang der Nachfrage Preiserhöhungen durchsetzbar bleiben.

– Weiterentwicklung und Stärkung des rechtlichen Instrumentariums der Wettbewerbsförderung (z. B. Wettbewerbsaufsicht, Konzentrationskontrolle). Dazu gehören insbesondere rechtliche Vorschriften, die mit dem Ziel einer öffentlichen Kontrolle marktbeherrschender und die Marktmacht mißbrauchender Großunternehmen die Kalkulationsweisen der Unternehmen regeln.

– Erhöhung der Importe, insbesondere auch von Halb- und Fertigwaren aus Entwicklungsländern.

– Aufbau eines gemeinwirtschaftlichen Anteils an Märkten, in denen der Wettbewerb gefährdet ist, um gezielte marktregulierende Eingriffe zu ermöglichen.

Zur Stärkung der Position der Nachfrage ist eine Verbraucherpolitik notwendig, die vor allem

– die Transparenz der Märkte erhöht;

– durch öffentliche Verbraucheraufklärung den Konsumenten alle für Kaufentscheidungen relevanten Informationen zugänglich macht;

– durch technische Vorschriften, Qualitätsnormen, Neugestaltung des Vertragsrechts usw. den Verbraucherschutz verbessert;

– die Möglichkeiten mißbräuchlicher Werbung einschränkt.

4.1.4

Eine globale, an stetigem Wachstum und Stabilität orientierte Wirtschaftspolitik läßt sich nicht konsequent durchhalten, solange infolge struktureller Ungleichgewichte und Verzerrungen ihre Wirkungen übermäßig auf strukturschwache Sektoren und Gebiete abgewälzt werden. Damit die globale Wirtschaftspolitik ihre Ziele tatsächlich verfolgen kann, muß eine abgestimmte sektorale und regionale Strukturpolitik solchen strukturellen Verzerrungen der konjunkturellen Entwicklung entgegenwirken. In diesem Sinne hat die Strukturpolitik auch die Aufgabe, durch eine angemessene regionale und sektorale Verteilung konjunktureller Wirkungen den politischen Spielraum der globalen Wirtschaftspolitik zu erhöhen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu Strukturproblemen geführt, die sich bei nachlassendem wirtschaftlichem Wachstum krisenhaft zuspitzen. Noch immer sind viele Erwerbstätige in relativ unproduktiven Bereichen der gewerblichen Wirtschaft beschäftigt. Unter den genannten Bedingungen führt das in diesen Bereichen dazu, daß Ersatzinvestitionen verstärkt als Rationalisierungsinvestitionen durchgeführt werden, bei denen kurzfristig Arbeitsplätze verlorengehen. Eine vorausplanende öffentliche Struktur- und Modernisierungspolitik mit vermehrten Kompetenzen ist daher unumgänglich, um eine Weiterbeschäftigung der betroffenen Arbeitnehmer auf anderen Arbeitsplätzen zu gewährleisten.

Noch immer ist der Wohlstand regional ungleich verteilt, stehen Gebiete mit unerwünscht hoher Verdichtung und

entsprechend überhöhten sozialen Kosten der Produktion anderen Gebieten gegenüber, die zu verdrängen drohen. Zu spät erkennt unsere Gesellschaft das Ausmaß wirtschaftlich verursachter Umweltschäden, deren Beseitigung übergroße Kosten erfordert. Das Defizit an öffentlicher Infrastruktur, das für die ungleiche regionale Wirtschaftsentwicklung von großer Bedeutung gewesen ist, konnte zwar in den letzten Jahren teilweise abgebaut werden, ist aber in einigen Gebieten noch immer erheblich.

Im Interesse eines qualitativ sinnvollen wirtschaftlichen Wachstums soll die sektorale Entwicklung von Investitionen und Arbeitsplätzen künftig stärker in den Mittelpunkt der Strukturpolitik rücken.

- Sektorale differenzierte Statusquo-Prognosen sollen unter Einbeziehung der voraussichtlichen Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung über die Entwicklungschancen der einzelnen Sektoren und über evtl. drohende strukturelle Schwierigkeiten Auskunft geben.

- Auf dieser Grundlage entwickelte Prognosen können Voraussetzungen für einen Orientierungsrahmen der privaten Wirtschaft und für eine Programmierung der Strukturpolitik liefern.

- In strukturbedrohte Wirtschaftszweige greift die Strukturpolitik vor allem ein, um bei unvermeidlich notwendigen Umstellungs- und Schrumpfungsprozessen gleichzeitig neue Arbeitsplätze zu schaffen und unerwünschte soziale Folgen zu mildern.

- Wenn allerdings gesellschaftlich unentbehrliche Wirtschaftszweige oder Unternehmen unter Marktbedingungen nicht mehr bestehen können, sind staatli-

che Stützungsmaßnahmen bis hin zur Übernahme in öffentliche Verantwortung erforderlich.

- Sektoren mit guten Entwicklungschancen sind insoweit zu fördern, als erwünschte Entwicklungsimpulse sich nicht oder nicht hinreichend aus eigener Kraft entfalten können.

Sektorale Strukturpolitik kann nur in enger Verzahnung mit regionaler Strukturpolitik betrieben werden, insbesondere deshalb, weil die strukturbedrohten Wirtschaftszweige häufig in wirtschaftlich schwachen Regionen konzentriert sind. Die drei Schwerpunkte regionaler Strukturpolitik, die als Verteilungspolitik wie im Interesse krisenfreierer stetiger Wirtschaftsentwicklung den Abbau regionaler Ungleichheiten von Einkommen, Beschäftigung und Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger anstrebt, sind:

- Angleichung regionaler Standortqualitäten durch entsprechenden Ausbau der Infrastruktur unter Förderung des notwendigen Mindestmaßes an regionaler Verdichtung,

- direkte Förderung von Industrieansiedlungen durch Investitionszuschüsse, Bürgschaften und Geländeerschließungen,

- Zurechnung sozialer Folgekosten der Produktion in Gebieten überstarker Ballung entsprechend dem Verursacherprinzip.

Bei der direkten Förderung von Industrieansiedlungen müssen verstärkt die Erfordernisse der sektoralen Strukturpolitik beachtet werden, um die Neuan siedlung strukturbedrohter Wirtschaftszweige in strukturschwachen Gebieten zu verhindern. Auflagen sollen die sozial erwünschte Verwendung der öffentlichen

Gelder sicherstellen. Es ist zu prüfen, unter welchen Bedingungen die öffentliche Hand für ihre Zuwendungen Gesellschaftsanteile übernehmen kann und soll.

Im Vergleich zur direkten Förderung ist größeres Gewicht auf den regional gezielten Ausbau der Infrastruktur zu legen. In Verbindung mit der Anlastung sozialer Folgekosten in Ballungsgebieten liegt hier ein vielversprechender Ansatzpunkt zur Beseitigung regionaler Ungleichgewichte.

Dem Schutz der Umwelt muß die Strukturpolitik künftig besondere Beachtung schenken, indem

- verbindliche, zugleich praktikable und wirkungsvolle Belastungsgrenzen systematischer als bisher entwickelt und beachtet werden. Präzise Bestimmungen müssen sicherstellen, daß Genehmigungsbehörden und Verwaltungsgerichte von den gleichen Beurteilungsmaßstäben ausgehen,

- die Kosten umweltbelastender Produktionen voll den Verursachern angelastet werden, um den Wettbewerbsvorteil schädlicher Produktionsweisen zu verringern,

- die regionale Ballung umweltbelastender Industrien verhindert oder abgebaut wird,

- die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien bevorzugt gefördert wird.

4.1.5

Bei der Überwindung der zentralen Mängel der bisherigen Wirtschaftspolitik geht es in erster Linie um die planvolle Koordination aller wirtschaftspolitisch relevanten Aktivitäten der öffentlichen Hände.

Nach wie vor bleibt eine wohlabgestimmte, antizyklische Haushaltspolitik ein wichtiges Instrument zur Beseitigung gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte und zur Verstärkung der wirtschaftlichen Entwicklung. Allerdings setzt eine planvolle Struktur- und Reformpolitik neben einer stetigen, wachstumsfördernden Kreditpolitik eine stetige, mittel- und langfristige geplante Entwicklung der öffentlichen Ausgaben voraus. Der Beitrag der öffentlichen Haushaltspolitik zu globalen antizyklischen Wirtschaftslenkung kann und muß sich deshalb mehr als bisher auf die kurzfristige Veränderung der öffentlichen Einnahmen und der Haushaltsreserven beschränken. Dazu eignet sich die Variation von Stabilitätssteuern für überdurchschnittliche Einkommen, vor allem aber von Investitionssteuern und Absetzungsvorschriften, die im Rahmen der Strukturpolitik regional und sektoral differenziert werden können.

Die strukturpolitische Koordination der öffentlichen Hände im Rahmen mittelfristiger Ausgabenplanung setzt eine Verstärkung der öffentlichen Investitionen voraus. Diese kann ebenfalls nur erreicht werden, wenn die fiskalische Konjunkturpolitik in der Aufschwungphase im Schwerpunkt auf die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte verlagert wird, so daß die Infrastrukturinvestitionen nicht mehr als das hauptsächlichste Mittel der Konjunktursteuerung dienen müssen (vgl. auch Ziffer 2.6.7).

Um die Entwicklung der öffentlichen Wirtschaftspolitik an längerfristigen Entwicklungskonzeptionen zu gewährleisten, müssen auf Bundesebene verbindliche Rahmendaten gesetzt werden, innerhalb deren die dezentralen Instanzen -

Länder, Gemeinden und Planungsverbände – ihre regionale Strukturpolitik festlegen und koordinieren können. Dementsprechend muß auch die regionale Verteilung der strukturpolitisch relevanten Haushaltsmittel koordiniert werden.

Gemäß der zentralen Bedeutung der Infrastruktur (Verkehrsnetz, Bildungswesen, Energieversorgung, Gesundheit, Erholung, Umweltschutz usw.) für die regionale wirtschaftliche Entwicklung streben wir den Ausbau der Landesentwicklungspläne und des Bundesraumordnungsprogramms zu einem langfristigen Infrastrukturkonzept an, welches die Zusammenführung und Koordinierung der Infrastrukturpläne der Ressorts in Bund, Ländern und Gemeinden bewirkt.

Darüber hinaus sind Status-quo-Prognosen und Zielprojektionen der sektoralen Wirtschaftsentwicklung in die regional differenzierte Entwicklungsplanung einzubeziehen, an denen sich insbesondere die regionalen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen zu orientieren haben. In diese Koordination der öffentlichen Hände, deren weitgehendes Fehlen bislang Wirksamkeit und Erfolg öffentlicher Wirtschaftspolitik beeinträchtigt hat, sind im Sinne einer Richtlinienabstimmung die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen sowie das öffentliche bzw. gemeinwirtschaftliche Bankwesen einzubeziehen. Weiterhin sind die Maßnahmen der Forschungs-, Innovations-, Berufsbildungs-, Arbeitsmarkt-, Rohstoff- und Energiepolitik in diese Koordination einzubeziehen, und die antizyklische Konjunkturpolitik ist mit darauf auszurichten. Auf diese Weise wird das Infrastrukturkonzept zu

einem Bundesentwicklungsplan erweitert, der als Rahmenkonzept alle Investitionen und wirtschaftspolitischen Aktivitäten der öffentlichen Hand aufeinander abstimmt. Dabei sind bereits bestehende gesamtstaatliche Planungen – wie der Bildungsplan – einzuarbeiten.

Mit Hilfe dieses Rahmenkonzepts wären auch andere Schwerpunktbereiche der Gesellschaftspolitik in die Koordination einzubeziehen:

– Zielbewußte Berufsausbildungspolitik trägt zur Modernisierung der Wirtschaft, zur Erhaltung sicherer Arbeitsmöglichkeiten sowie zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur bei.

– Soziale Sicherheit, Gesundheitssicherung und fortschreitende Humanisierung der Arbeitswelt schaffen jene gesellschaftlichen Voraussetzungen, die eine planmäßige Wirtschaftspolitik erst ermöglichen und werden ihrerseits durch diese ermöglicht.

– Planvolle Entwicklung der Städte und Verdichtungsräume bedarf einer überlegten sektoralen und regionalen Strukturpolitik und setzt dieser zugleich wesentliche Bedingungen.

4.1.6

Bei der Entwicklung der Zielsetzungen, des Gesamtplans und der einzelnen Instrumente einer langfristigen Wirtschaftspolitik geht es jedoch nicht nur darum, den politisch Verantwortlichen, d. h. den öffentlichen Händen, fest umrissene, greifbare und praktikable Handlungsanweisungen vorzuzeichnen. Eine Politik, wie wir Sozialdemokraten sie führen, bedarf der Unterstützung durch die Wähler und der Kooperationsbereitschaft der gesellschaftlichen Gruppen.

Bei der Darlegung und Begründung unseres Programms geht es also zugleich darum, die Notwendigkeit unserer Forderungen zu begründen und ihre Durchsetzbarkeit einsichtig zu machen. Es ist daher wichtig, der Öffentlichkeit ein klares Bild von den Zusammenhängen und Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung zu geben und insbesondere gegenüber den Unternehmen klarzumachen, welche Entwicklungen und einzelwirtschaftliche Maßnahmen von seiten der Parlamente und Regierungen als unerwünscht oder schädlich gekennzeichnet werden.

Eine Beseitigung der Unternehmensautonomie durch eine zentrale staatliche Wirtschaftsplanung kommt wegen ihrer vielfältigen schädlichen und unerträglichen Folgen nicht in Frage.

Aber auch die unkoordinierte Wirtschaftsentwicklung bringt für den einzelnen wie für die Allgemeinheit unerträgliche Auswirkungen mit sich. Daraus wird deutlich, wie wichtig ein intensives, umfassendes und vielseitiges Bemühen des Staates um die Koordination der einzelwirtschaftlichen Entscheidungen zwischen den Unternehmen und um ihre Abstimmung mit den öffentlichen Zielsetzungen ist. Nicht nur auf zentraler Ebene, sondern ebenso auf der Ebene regionaler Strukturpolitik sind neue Formen der zwanglosen Kooperation zwischen staatlichen Instanzen, Unternehmen und Gewerkschaften zu entwickeln. Dabei sollte für uns die Einsicht maßgebend sein, daß gegenüber einem Staat, der seine Koordinationsmängel überwindet, der weiß, was er wirtschaftspolitisch will und der sein Instrumentarium konsequent und wirksam einzusetzen vermag,

nur wenige Unternehmen noch geneigt sein werden. Kooperation und Verständigung zu verweigern.

Da große – meist multinational organisierte – Unternehmen durch ihre Investitionsentscheidungen und Absatzstrategien für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wichtige Daten setzen, bleibt auch unter dem Gesichtspunkt der Strukturpolitik die „Bändigung der Großwirtschaft“ (Godesberger Programm) eine wesentliche Aufgabe, für deren Lösung die paritätische Mitbestimmung die Voraussetzungen entscheidend zu verbessern vermag. Außerdem kann die Überführung von Unternehmen in Gemeineigentum weiterhin ein Beitrag zur Lösung dieses Problems sein, denn „wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig“ (Godesberger Programm).

Entscheidend wird sein, daß es gelingt, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß „Modernisierung der Wirtschaft“ keine einmalige Aufgabe ist, sondern eine dauernde Anstrengung erfordert, um durch planvolle Gestaltung und Erleichterung des Wandels die unvermeidlichen wie die wünschenswerten Änderungen durchzusetzen. Im Verlauf dieses ständigen Prozesses müssen die konkreten Ziele und die strategischen Ansatzpunkte stets neu definiert werden.

4.2 Reform der Berufsbildung

4.2.1

In einer demokratischen Industriegesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland hat jeder das Recht auf eine qualifizierte Ausbildung. Entsprechend der Grundforderung nach Selbstbestimmung und Selbstgestaltung des eigenen Lebens, muß auch die berufliche Bildung dazu beitragen, die Fähigkeiten und Neigungen des einzelnen voll zu entfalten. Eine qualifizierte Ausbildung schließt allgemeine Bildungsziele ein und befähigt den Auszubildenden, seine ökonomischen, kulturellen und politischen Interessen wahrzunehmen und sich aktiv am Ausbau der sozialen Demokratie zu beteiligen. Die Verwirklichung individueller Bildungsansprüche ist wesentliche Voraussetzung für die Erfüllung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anforderungen.

4.2.2

Für die berufliche Bildung notwendige Investitionen sind zugleich Investitionen in die gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens. Die gesellschaftliche Bedeutung dieser Anstrengungen wird auch dadurch deutlich, daß Schüler und Auszubildende von heute das Sozialprodukt der folgenden Jahre erwirtschaften und damit eine Grundvoraussetzung für die soziale Stabilität gewährleisten.

In vielen Berufen und Wirtschaftsbereichen besteht die Tendenz, daß sich die sozialen, wirtschaftlichen und menschlichen Probleme wegen des

vorhandenen Ungleichgewichts zwischen qualifiziert ausgebildeten Arbeitnehmern und ungelerten Arbeitskräften weiter verstärken. Zwischen dem immer breiteren Angebot von Hochschulabsolventen einerseits und der Gruppe der Ungelernten andererseits entsteht eine zunehmend größere Kluft, wenn nicht eine ausreichende Zahl von qualifizierten Ausbildungsplätzen gesichert werden kann und die beruflichen Schulen ausgebaut werden. Hinzu kommt, daß allein zwischen 1965 und 1974 das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen von rd. 750 000 Stellen auf 460 000 zurückgegangen ist. Außerdem wird die Nachfrage nach Ausbildungsstellen in den nächsten Jahren vor allem aufgrund einer steigenden Zahl von Schulabgängern erheblich anwachsen. Während 1974 rd. 630 000 Abgänger allein aus Haupt-, Real- und Sonderschulen zu verzeichnen waren, werden es 1979 bereits 710 000 sein.

Die Berufsbildung qualitativ und quantitativ zu verstärken, ist nicht nur aus menschlichen und sozialen Gründen, sondern auch ökonomisch notwendig. Neue Formen der internationalen Arbeitsteilung und die Produktionsbedingungen in den hochindustrialisierten Ländern erfordern mehr und neue Tätigkeiten, für die eine differenzierte Produktionsteilung und eine entsprechende Qualifizierung und Spezialisierung der Arbeitskräfte Voraussetzung sind.

Ein hohes Ausbildungsniveau gewährleistet berufliche Mobilität und Flexibilität sowie die Weiterbildungsbereitschaft und trägt damit zur sozialen Sicherung und Stabilisierung bei. Internationale Erfahrungen zeigen, daß das Risiko einer Arbeitslosigkeit Jugendlicher immer

dann eintritt, wenn nicht allen Jugendlichen im Anschluß an die allgemeine Schulbildung ein zeitlich und inhaltlich geordneter Abschnitt der Berufsausbildung angeboten wird.

Konjunkturelle Schwankungen und strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft wirken sich unmittelbar auf die Betriebe als Ausbildungsstätten und als Nachfrager nach qualifizierten Arbeitskräften aus. Im Zuge dieser Veränderungen wandelt sich auch die Ausbildungsseignung der Betriebe und sind neue Formen der Ausbildung notwendig. Häufig kann Berufsausbildung nicht unmittelbar in der Praxis durchgeführt werden. Immer mehr Betriebe müssen besondere Ausbildungseinrichtungen, wie Lehrwerkstätten, Lehrbüros usw. nutzen. Überbetriebliche Ausbildungsstätten werden in Zukunft immer wichtiger werden zur Ergänzung einer beruflichen Ausbildung in den sich spezialisierenden Betrieben.

Dies gilt namentlich für Klein- und Mittelbetriebe. In besonderen Fällen – vor allem in strukturschwachen Gebieten – müssen die überbetrieblichen Ausbildungsstätten auch die zur Ausbildung der Jugendlichen erforderlichen qualifizierten Ausbildungsplätze bereitstellen.

Eine Einsicht muß alle Anstrengungen zur Reform der Berufsausbildung durchziehen: Ein Abbau von Ausbildungsqualität, um dadurch eine höhere Anzahl von Stellen zu ermöglichen, ist keine Lösung. Im Gegenteil: Dort, wo die Qualität zugunsten der Quantität abgebaut wird, findet ein schleichender Übergang von qualifizierter Berufsausbildung zum bloßen Anlernen statt, der weder den menschlichen und sozialen noch den wirtschaftlichen Interessen unserer Bürger entspricht.

4.2.3

Die Anzahl der Arbeitnehmer, die ihre berufliche Ausbildung ganz oder teilweise in Schulen oder Hochschulen erhalten, hat ständig zugenommen. Aber nach wie vor ist mehr als die Hälfte aller Jugendlichen in einer betrieblichen Berufsausbildung, an der sich freilich nur eine Minderheit aller Betriebe beteiligt. Die Mehrzahl aller Auszubildenden findet sich in Klein- und Mittelbetrieben. Im Jahre 1974 waren von 1,3 Millionen Auszubildenden über 700 000 in Betrieben unter 50 Beschäftigten, darunter 400 000 in Betrieben unter 10 Beschäftigten tätig. Diese Zahlen belegen die Notwendigkeit ergänzender überbetrieblicher Ausbildung. Der Anteil der Mädchen an der Gesamtzahl der Auszubildenden ist wesentlich geringer als der der Jungen; von den ohne Berufsbildung unmittelbar in die Beschäftigung überwechselnden Schulabgänger dagegen sind zwei Drittel Mädchen.

Bisher wurde Berufsausbildung im Betrieb als ein Bereich angesehen, der überwiegend durch Aktivitäten der Wirtschaft gestaltet worden ist. Der Staat beschränkte sich im wesentlichen auf die Anerkennung von Regeln, z. B. Ausbildungsordnungen und Prüfungsanforderungen. Die öffentliche Verantwortung wurde nicht unmittelbar wirksam.

Soweit dagegen eine Berufsausbildung in öffentlichen Bildungseinrichtungen, vorwiegend also in Schulen und Hochschulen stattfindet, steht sie weitgehend beziehungslos neben der betrieblichen Berufsausbildung. Weder die inhaltlichen Anforderungen noch die Beschäftigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sind vergleichbar. Der Weg über Gymnasium

und Hochschule ist gegenüber dem Weg über die Berufsausbildung im Betrieb in vielerlei Hinsicht immer noch privilegiert.

Da die qualifizierten betrieblichen Ausbildungsstätten ebenfalls unter den Bewerbern auslesen, bleiben für Jugendliche mit unzureichender Vorbildung die weniger qualifizierten Ausbildungsstätten. So erfährt gerade die unterstützungsbedürftigste Gruppe keine ausreichende Förderung.

Gestiegene Qualifikationsanforderungen in allen Wirtschaftsbereichen führten zu einer vermehrten Nachfrage nach Hochschulabsolventen, und die quantitative Ausdehnung des Hochschulbereichs lenkte Hochschulabsolventen in Tätigkeiten, die früher überwiegend über eine betriebliche Berufsausbildung mit anschließender Berufspraxis und Fortbildung erreichbar waren. Sie belegen diese Plätze und erschweren Durchlässigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten. Damit verstärken sich die Chancenungleichheiten zwischen denen, die in die Berufsausbildung, und denen, die in weiterführende Schulen und Hochschulen gehen.

4.2.4

Berufliche Bildung muß deshalb gleichwertiger und gleichberechtigter, integrierter Bestandteil des gesamten Bildungswesens werden. Der demokratische Staat muß für die Berufsausbildung ebenso Verantwortung wie für die übrigen Bereiche des Bildungswesens übernehmen.

Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung bedeutet, daß durch sie gleiche Berufs- und Lebenschancen ermöglicht werden wie über sogenannte allgemeine Bildung. Deshalb muß die Berufsausbil-

dung ein Bestandteil der Oberstufe des Bildungssystems sein.

Das Bildungswesen darf nicht zu einem System von voneinander abgeschotteten Bildungsgängen werden. Einerseits ist darauf zu achten, daß die schulische Oberstufe nicht einseitig auf ein Hochschulstudium vorbereitet, sondern auch Inhalte vermittelt, die ebenfalls in eine qualifizierte Berufsausbildung Eingang finden. Andererseits ist zu erreichen, daß eine qualifizierte Berufsausbildung die Möglichkeit eröffnet, in anderen Bildungsgängen voranzukommen. Das gehört zur Durchlässigkeit im Bildungswesen. Dazu sind in der Oberstufe verstärkter auch Bildungsgänge zu entwickeln, in denen sowohl die Qualifikationen für die unmittelbare Aufnahme einer anspruchsvollen beruflichen Tätigkeit als auch die Voraussetzungen für ein Hochschulstudium vermittelt werden.

Grundsätzlich muß für alle Bildungsgänge gesichert sein, daß neben fachlicher Qualifizierung auch gesellschaftlich-politische Befähigungen erworben werden, mit dem Ziel, gesellschaftliche Zusammenhänge und Abhängigkeiten zu erkennen und Probleme durch gemeinsames, solidarisches Handeln zu lösen.

Auch bei verbesserter Durchlässigkeit des Bildungswesens und größerer beruflicher Mobilität sind Berufswahlentscheidungen für den einzelnen schwer korrigierbare Entscheidungen für seinen späteren beruflichen Lebensweg. Sie sollen deshalb nicht vorzeitig und unumstößlich, sondern auf der Grundlage intensiver Beratungen und Erfahrungen getroffen werden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß sich für viele Jugendliche

zu lange ausgedehnte Phasen traditioneller allgemeinbildender Schulen eher nachteilig auswirken. Sie brauchen im Jugendalter veränderte, jugendgemäße Lernsituationen, Entscheidungs- und Erprobungsmöglichkeiten. Darum hat vorberufliche Bildung im Sinne einer technisch-ökonomischen Bildung besondere Bedeutung. Sie muß für alle Schüler der Mittelstufe verbindlich sein. Sie soll eine Einführung in die Arbeitswelt ermöglichen und die Berufs- und Schullaufbahnentscheidungen für die Oberstufe erleichtern. Bildungsinformation, Bildungs- und Berufsberatung sind dabei wesentliche Elemente beim Abbau von Hindernissen, Sackgassen und Entmutigung im Bildungswesen. Entscheidend ist, daß die Maßnahmen der Beratung und Information entsprechend frühzeitig einsetzen und auch an die Gruppen herangetragen werden, die von sich aus den Weg zur Beratung nicht ohne weiteres finden.

Berufliche Grundbildung soll über Vermittlung beruflicher Grundkenntnisse und -fertigkeiten die Basis für die konkrete Berufsentscheidung sein. Aus diesem Grund darf sie nicht auf Einzelerfahrungen ausgerichtet sein, sondern muß auf der Grundlage von Berufsfeldern entwickelt werden. Dies auch deshalb, weil eine breit angelegte berufliche Grundbildung die Beweglichkeit in der späteren beruflichen Fachbildung und im Beruf erheblich vergrößert. Deshalb muß dem stufenweisen Ausbau beruflicher Grundbildung Vorrang gegeben werden.

Gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und technischer Fortschritt erfordert ferner eine voll ausgebauten berufliche Weiterbildung, die es den einzelnen ermöglicht, ihre Kenntnisse, Fähigkeiten und

Fertigkeiten zu erweitern oder zu erneuern. Berufliche Weiterbildung ist daher im Sinne lebenslangen Lernens wesentlicher Bestandteil einer fortdauernden Qualifizierung insbesondere der Arbeitnehmer zur Sicherung von beruflicher Mobilität und Beschäftigungschancen.

Für einen großen Teil der Jugendlichen wird sich auch zukünftig die berufliche Bildung in Betrieb und Schule vollziehen. Darum müssen hier vor allem Verbesserungen ansetzen. Für die betriebliche Berufsausbildung müssen konkrete Qualitätsanforderungen an Ausbildungsstätten und Ausbilder entwickelt werden. Zugleich ist eine stärkere Beratung und Kontrolle der Ausbildungsbetriebe erforderlich. Eine wichtige Voraussetzung und ein Bewährungsfeld für staatliche Verantwortung ist der Ausbau der beruflichen Schulen und die Verbesserung ihres Lernangebots. Dazu gehören insbesondere auch die Beseitigung des Berufsschullehrermangels und der Ausbau der Berufsschulen, damit der gesetzlich vorgeschriebene Unterricht erteilt und ausgedehnt werden kann. Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne müssen aufeinander abgestimmt werden. In Bund und Ländern müssen die Zuständigkeit bei den für Bildung zuständigen Ministerien zusammengefaßt werden.

Die Weiterentwicklung der Wirtschaft schafft zunehmend Tätigkeiten und Funktionen, für die eine Berufsausbildung herkömmlicher Art keine ausreichende Qualifikation bietet, für die aber auch eine Hochschulausbildung unzureichend ist. Hierfür sind neue Bildungsgänge zu entwickeln. Der Ausbau der Berufsfachschulen ist eine wichtige Ergänzung des Gesamtangebots an Ausbil-

dingen entsprechenden betriebliche Angebote nicht möglich sind. Dies gilt in verstärktem Maße für Wirtschaftsbereiche und Regionen, in denen betriebliche Ausbildungsmöglichkeiten fehlen.

Darüber hinaus sind für sozial benachteiligte und behinderte Jugendliche Bildungsangebote zu entwickeln, die zu einer beruflichen Qualifikation führen. Hierfür besteht ein besonderes Bedürfnis bei solchen Jugendlichen, die keinen oder keinen ihren Fähigkeiten entsprechenden Schulabschluß erreicht haben oder die – bzw. deren Eltern – nicht willens sind, eine geordnete Berufsausbildung aufzunehmen. Wenn wir bedenken, daß heute noch bis zu 30 Prozent der Hauptschulabgänger den vorgesehenen Abschluß dieser Schulform nicht erreichen, wird die Dringlichkeit deutlich, mit der dieses Problem gelöst werden muß. Denn die Hauptschule darf sich nicht zur Restschule für benachteiligte Kinder und Jugendliche entwickeln. Darüber hinaus müssen auch die Grundschule, die Orientierungsstufe und die Mittelstufe bis zum ersten Schulabschluß mit dem Ziel größerer Durchlässigkeit und Chancengleichheit verändert und schrittweise zur Gesamtschule werden.

4.2.5

Die berufliche Bildung muß, wie das gesamte Bildungssystem, im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung gesehen werden. Eine zielbewußte Berufsbildungspolitik dient einer Verbesserung der Lebenschancen des einzelnen arbeitenden Menschen. Sie fördert die Modernisierung der Wirtschaft, die Sicherung der Arbeits-

plätze und die Verbesserung der sektoralen und regionalen Wirtschaftsstruktur. Sie verstärkt auch die Notwendigkeit zur Humanisierung der Arbeitswelt und fördert diese zugleich: denn qualifiziert Ausgebildete werden die Organisation und die Bedingungen ihrer Arbeit zu verbessern trachten und bei entsprechender Motivation und Solidarität dazu auch eher in der Lage sein. Aus den Arbeits- und Berufserfahrungen einer humanisierten Arbeitswelt werden sich ihrerseits Rückwirkungen auf die Anforderungen an die Berufsausbildung ergeben.

Die betriebliche Berufsausbildung ist in besonderem Maße von konjunkturellen und strukturellen Einflüssen der Wirtschaft abhängig. Wirtschaftlicher Rückgang und Strukturveränderungen dürfen nicht automatisch zur Verunsicherung der Berufsbildung und zu einem Rückgang der Ausbildungsstellen führen. Deshalb ist zur Sicherstellung des Angebots im Interesse der Jugendlichen wie der Gesamtwirtschaft eine Umlagefinanzierung für die betriebliche und überbetriebliche Berufsausbildung notwendig. Sie muß es ermöglichen, die Anforderungen an die Berufsausbildung auch finanziell abzusichern, Ausbildungsmöglichkeiten zu erhalten und neue zusätzliche Angebote zu schaffen sowie Wettbewerbsverzerrungen zwischen auszubildenden und nicht auszubildenden Betrieben abzubauen.

Ohne eine überbetriebliche Finanzierung der beruflichen Ausbildung auf Dauer gesehen das System der kooperativen Ausbildung in Betriebs- und Schule und nicht allein die Anzahl der Ausbildungsplätze gefährdet.

4.2.6

Es ist wichtig, den gesellschaftlich-politischen Gesamtzusammenhang, in dem Berufsbildung steht, deutlich zu machen. Die künftige Gestaltung der Berufsbildung muß unter Mitarbeit von Ausbildern, Lehrern und Auszubildenden formuliert werden.

Berufsbildung steht mehr als jeder andere Bereich des Bildungswesens im Spannungsfeld technologischer Entwicklungen, wirtschaftlicher Anforderungen, pädagogischer Möglichkeiten sowie sozialer und individueller Bedürfnisse. Dies erfordert die gemeinsame Verantwortung und Mitbestimmung von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften bei der Planung, Durchführung und Kontrolle der Berufsbildung auf allen Ebenen. Die Arbeitnehmer müssen in diesem Bereich mitbestimmen, der wie kaum ein anderer über ihren Berufsweg, ihre Arbeitsplatzsicherheit und damit ihren Lebensweg mitentscheidet. Darin spiegelt sich der gesellschaftspolitische Zusammenhang dieser Reform.

4.2.7

Eine zielbewußte Berufsbildungspolitik muß gegen den Widerstand gesellschaftlicher Gruppen, die teils aus engen ökonomischen, teils aus ideologisch-politischen Gründen an der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes interessiert sind, durchgesetzt werden. Diese gesellschaftlichen Gruppen lehnen deshalb auch gesetzliche Regelungen ab, die eine inhaltliche, organisatorische und finanzielle Weiterentwicklung der Berufsbildung zum Ziele haben. Die Reform der Berufsbildung verlangt deshalb eine Solidarität über die betroffenen Jugendli-

chen hinaus. Die Reform der Berufsausbildung ist ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Reformpolitik mit dem Ziel, die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung im Gesamtbildungssystem zu erreichen. Mehr Chancengleichheit wird aber nur dann Wirklichkeit, wenn überbetriebliche Finanzierung, Planung und Statistik eine vorausschauende Bildungspolitik ermöglichen, die sowohl die Qualität als auch das Angebot an Ausbildungsplätzen abzusichern vermag.

4.3 Humanisierung der Arbeitswelt

4.3.1

Der Anspruch der Arbeitnehmer auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen, das heißt auf den Schutz ihrer Gesundheit, auf sichere Arbeitsplätze und verbesserte Arbeitsumwelt, auf befriedigende Arbeitsinhalte, eine soziale Arbeitsorganisation und auf Mitbestimmung steht im Mittelpunkt sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik.

Für die Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung, die Arbeitnehmer und ihre Familien, ist die abhängig verrichtete Arbeit in vielerlei Hinsicht bestimmende Faktor in ihrem Leben: materielle Existenzsicherung, zeitliche Einteilung des Lebens, Weisungsgebundenheit und Unterordnung, Anerkennung und Sozialprestige, Prägung der Verhaltensweisen und Einstellungen.

Nicht nur bezogen auf die Lebenschancen und Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen, sondern ebenso für die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft insgesamt, ist die Qualität der Verhält-

nisse und Bedingungen in der Arbeit von zentraler Bedeutung. Persönliche Entfaltung des einzelnen und demokratische Entwicklung der Gesellschaft hängen direkt von den Bedingungen am Arbeitsplatz ab. Für die menschengerechte Gestaltung der Arbeitsplätze haben steuerliche Normen und Maßnahmen, das Tarifvertragsrecht der Gewerkschaften und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen gleichermaßen Bedeutung.

Humanisierung der Arbeitswelt steht in enger Wechselbeziehung zu anderen Schwerpunkten sozialdemokratischer Politik: Die Modernisierung der Wirtschaft hat das Ziel, die Vollbeschäftigung zu sichern. Wo Arbeitnehmern mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes gedroht werden kann, werden die berechtigten Ansprüche auf menschengerechte Arbeitsbedingungen erstickt. Durch eine grundlegende Reform des Bildungswesens, insbesondere der beruflichen Bildung, werden wichtige Voraussetzungen für eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitswelt geschaffen. Angesichts der vom Arbeitsplatz ausgehenden Gefährdung der Gesundheit ist der Zusammenhang zwischen Gesundheitsvorsorge und humaner Arbeitswelt offensichtlich.

Von der Qualität der Arbeitsplätze hängt es ab, ob der Mensch seine Talente und Fähigkeiten optimal entwickeln und sich mit seiner Arbeit identifizieren kann. Die individuellen Folgen und die sozialen Kosten von inhumanen, nicht an den Bedürfnissen des Menschen orientierten Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen sind nicht durch mehr Freizeit auszugleichen. Denn die so wichtige Freizeit ist in ihrem Ausmaß und in

ihren Verwendungsmöglichkeiten weitgehend von den Arbeitsbedingungen bestimmt.

Wenn auch die Politik zur Humanisierung der Arbeitswelt von der Lebenslage und den Interessen der Arbeitnehmer ausgeht, so bedürfen die Arbeitsbedingungen vieler Selbstständiger in Gewerbe, Dienstleistung und Landwirtschaft doch ebenfalls durchgreifender Verbesserung. Die sozialdemokratische Gesellschaftspolitik bezieht die berechtigten Forderungen dieser Gruppen mit ein.

4.3.2

Die technische und soziale Entwicklung der Arbeitswelt ist hinter dem zurückgeblieben, was in unserer Gesellschaft möglich wäre.

Die Arbeitsbedingungen in unserem Land entsprechen nicht den berechtigten Ansprüchen der Arbeitnehmer. Zwar hat sich ihre Lebens- und Arbeitssituation seit Beginn der Industrialisierung durch den erfolgreichen Kampf der Arbeiterbewegung grundlegend verbessert. Es darf aber nicht verkannt werden, daß Schlüsselprobleme noch immer ungelöst sind und als Folge der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung neue Probleme entstehen.

Bestimmte Formen der hochtechnisierten arbeitsteiligen Produktion isolieren den arbeitenden Menschen in einem erheblichen Umfang von seinem Arbeitsergebnis und seinen Arbeitskollegen.

Dort wo sich Kostenminimierung ohne Rücksicht auf die sozialen Kosten nur am Gewinn des einzelnen Unternehmens orientiert und Sozialinvestitionen sich deshalb auf ein Minimum beschränken, führt sie dazu, den arbeiten-

den Menschen als bloßen Produktionsfaktor zu betrachten.

Im einzelnen bestehen folgende Probleme:

– Auffallend ist der Mangel an sozialen Einrichtungen, die die Arbeitsbedingungen berufstätiger Frauen sowie alleinstehender Mütter und Väter erleichtern.

– Unbefriedigende und belastende Arbeitsbedingungen (z. B. sich ständig wiederholende Teilarbeit, Fließband, Nacht- und Wechselschicht und gefährliche Arbeitsplätze) beeinträchtigen Gesundheit und Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen. Gleichzeitig entstehen soziale Kosten für die Gesellschaft, die mit einer humaneren Gestaltung der Arbeitswelt vermieden werden könnten.

– Die Organisation der Arbeit läßt großen Teilen der Arbeitnehmerschaft in der Industrie, aber auch in Verwaltung und Dienstleistungsbetrieben, nur begrenzte Verhaltens- und Entscheidungsspielräume.

– Der ständige Wandel der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen kann die berufliche Deklassierung durch Entwertung der bisherigen Qualifikation zur Folge haben.

Die Notwendigkeit, diese Situation zu ändern, wird heute den Menschen zunehmend bewußt. Die Arbeitnehmer verlangen deshalb gerade von den Sozialdemokraten eine konsequente Politik zur Humanisierung der Arbeitswelt.

4.3.3

Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren eine Reihe wichtiger Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt durchgesetzt. Zu nennen sind be-

sonders: die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes, das Schwerbehindertengesetz, das Arbeitssicherheits- und Betriebsärztegesetz, die Arbeitsstättenverordnung.

Diese Regelungen sind erst ein Anfang. Notwendig ist ihre Ausfüllung, Ausgestaltung und Weiterentwicklung sowie die Entwicklung und Durchsetzung neuer Maßnahmen.

Eine Politik der Sozialdemokraten zur Humanisierung der Arbeitswelt hat folgende Schwerpunkte:

– durch soziale Beschäftigungspolitik ist für ein ausgewogenes Angebot an Arbeitsplätzen zu sorgen, durch das die Vollbeschäftigung langfristig gesichert wird. Sie soll berufliche Mobilität, soziale Sicherheit und Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer fördern;

– durch Mitbestimmung auf Betriebs-, Unternehmens- und gesamtwirtschaftlicher Ebene müssen Betriebs- und Unternehmenspolitik von den Vertretern der Arbeitnehmer mitentschieden werden;

– durch Mitbestimmung am Arbeitsplatz sollen Arbeitsablauf und Arbeitsorganisation durch den betroffenen Arbeitnehmer mitgestaltet werden.

Dabei muß jede Tätigkeit grundsätzlich mit einem Mindestmaß an Abwechslung, Lernmöglichkeit und Entscheidungsfreiraum verbunden sein. Systeme der Arbeitsvorbereitung und Leistungsentlohnung, die den Menschen zur Maschine degradieren (z. B. gewisse Systeme vorbestimmter Zeiten) sind abzuschaffen;

– durch den Ausbau von Gesundheitsschutz und Unfallverhütung in den Betrieben, durch die Weiterentwicklung des sozialen Arbeitsschutzes (z. B. Mutterschutz, Jugendarbeitsschutz und Altersarbeitsschutz) und durch die wirksame Kontrolle der Schutzvorschriften ist dafür zu sorgen, daß die Arbeitsinhalte und Arbeitsformen sowie die Arbeitsplätze und Arbeitsabläufe den physischen, psychischen und sozialen Gegebenheiten und Ansprüchen der Menschen entsprechen und dem jeweiligen wissenschaftlich-technologischen Standard angepaßt werden;

– durch staatliche Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik muß die Erforschung, Entwicklung und Erprobung neuer, humaner Produktionstechnologien intensiv gefördert werden. Dabei darf die Forschung und Entwicklung nicht auf technische Verbesserungen beschränkt werden, sondern muß gleichzeitig neue Organisationsformen der Produktion, der Arbeitsstruktur und der Arbeitsabläufe mit einbeziehen. Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Humanisierung der Arbeitswelt müssen ohne zeitliche Verzögerung offengelegt werden und Zug um Zug in Schutzregelungen (Gesetze, Verordnungen, Richtlinien) Eingang finden;

– ein Schwerpunkt muß die Entwicklung solcher Organisationsformen sein, die eine tatsächliche Gleichstellung berufstätiger Frauen ermöglichen. Es kommt nicht nur auf die Erfüllung der alten Forderung „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ an, sondern auf die Herstellung von Arbeitsbedingungen, die der Frau eine tatsächliche berufliche Gleichberechtigung geben, z. B. sollte Halb-

tagsarbeit sowohl für Frauen als auch für Männer möglich gemacht werden;

– durch Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für besonders benachteiligte Gruppen ist dafür zu sorgen, daß eine bessere Integration dieser Personengruppen in die Arbeitswelt ermöglicht wird;

– die Arbeitnehmer müssen die Chance erhalten, sich durch Weiterbildung auf die Anforderungen der Mitbestimmung des technischen, ökonomischen und sozialen Wandels hin zu qualifizieren, sich in verschiedenen gesellschaftspolitischen Bereichen nach ihren Interessen zu engagieren und ihre Talente und Fähigkeiten auch außerhalb ihrer Arbeitsrolle zu entwickeln.

4.3.4

Große Teile einer Gesamtstrategie zur Humanisierung der Arbeit sind dem direkten staatlichen Einfluß entzogen. Hier haben die Gewerkschaften eine besondere Verantwortung: Viele Unzulänglichkeiten in der Arbeitswelt lassen sich sinnvoller und effektiver als durch staatliche Maßnahmen durch das Zusammenwirken von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf betrieblicher Ebene und durch Tarifverträge lösen.

Vereinbarten Modellversuchen humaner und freierer Arbeitsgestaltung, in denen neue Formen der betrieblichen Zusammenarbeit erprobt werden, kommt im Rahmen einer Gesamtstrategie der Humanisierung der Arbeit ebenfalls große Bedeutung zu.

4.3.5

Eine Politik zur Humanisierung der Arbeitswelt muß mit zahlreichen Wi-

derständen rechnen. Unter dem Vorwand, die Forderung nach einer humanen Gestaltung der Arbeitswelt gefähre die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und schränke die Rechte der Kapitaleigentümer unzulässig ein, versuchen manche Unternehmer und ihre Verbände zu erreichen, daß weiterhin Entscheidungen über Qualität der Arbeit unter dem verengten Blickwinkel kurzfristiger Gewinninteressen gefällt werden.

Die Humanisierung der Arbeitswelt muß aber nicht, wie sich bei den bisher durchgeführten Maßnahmen zeigt, auf Kosten der Produktivität gehen.

Das primäre Ziel ist es, die Entfremdung der arbeitenden Menschen soweit wie möglich dadurch einzuschränken, daß der Arbeitsprozeß von ihren individuellen und solidarischen Bedürfnissen mitbestimmt wird.

Ein weiterer Widerstand, der nur langsam beseitigt werden wird, ist in dem bisher verstandenen Leistungsbegriff begründet, der in zahlreichen meinungsbildenden Medien verbreitet und von vielen Arbeitnehmern und Arbeitgebern kritiklos vertreten wird. Leistung wird dabei oft nur als bloß handwerklich-technische und als Intelligenzleistung verstanden und darüber hinaus vorwiegend isoliert auf den einzelnen bezogen. Schöpferische Phantasie, Eigeninitiative, soziales Verantwortungsgedühl und Fähigkeit zur Kooperation werden im Namen eines verengten Leistungsbegriffs häufig unterbewertet. Die wirtschaftlichen und sozialen, die politischen und kulturellen, d. h. die gesellschaftlichen Bedingungen wirklich produktiver Leistung werden oft übersehen.

Damit verbunden ist auch eine gegen die eigentlichen Interessen gerichtete Mentalität bei den Arbeitnehmern, sich die Belastung inhumaner Arbeitsbedingungen durch „Erschwerenszulagen“ scheinbar abkaufen zu lassen. Diese für die Arbeitgeber so willkommenen Mentalität ist allerdings in den letzten Jahren erheblich aufgeweicht, wie z. B. der Streik der Metallarbeiter in Baden-Württemberg für bessere Arbeitsverhältnisse gezeigt hat.

Gegen all diese Widerstände haben schon bisher insbesondere die Gewerkschaften, aber auch der Staat, mit einzelnen Maßnahmen erhebliche Erfolge erzielt. Einer umfassenden Lösung des Problems kann jedoch nur näherkommen werden durch eine Gesamtstrategie, die von Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften getragen wird.

8.4 Reform des Gesundheitswesens

4.4.1

Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist eine chancengleiche, optimale Gesundheitssicherung und medizinische Versorgung für alle Bürger ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse. Zur Verwirklichung dieses Zieles ist die Gesellschaft verpflichtet, Voraussetzungen für gesundheitsgerechte Lebensbedingungen zu schaffen und dem einzelnen entsprechende Hilfen zur Verfügung zu stellen. Dadurch soll die Verantwortungsbereitschaft des einzelnen für seine Gesundheit nicht gemindert werden. Sie ist vielmehr durch Anreize und Beratung so zu stärken, daß jeder im

Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten zur Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit beitragen kann.

Die sozialen Rechte sind in der Bundesrepublik Deutschland weit ausgebaut. Die Leistungen der Sozialversicherung umfassen u. a. Vorsorge, Schwangerenberatung, medizinische Sach- und Dienstleistungen, unbegrenzten Krankenhausaufenthalt, Haushaltshilfe und Arzneimittelversorgung. Wichtige Verbesserungen haben Sozialdemokraten für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, im Umweltbereich und bei Lebens- und Arzneimittelversorgung. Wichtige Verbesserungen haben Sozialdemokraten für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, im Umweltbereich und bei Lebens- und Arzneimittelversorgung. Wichtige Verbesserungen haben Sozialdemokraten für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, im Umweltbereich und bei Lebens- und Arzneimittelversorgung.

Die fortschreitende technisch-wissenschaftliche Entwicklung unserer hochindustrialisierten Gesellschaft eröffnet gerade im Bereich der Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit wachsende Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebenssituation aller Bürger. Die in den letzten Jahrzehnten in den Vordergrund getretenen Volkskrankheiten können mit den heutigen medizinischen Möglichkeiten fast ausnahmslos wirksam bekämpft werden.

4.4.2

Gleichzeitig entstehen aus dem fortschreitenden Industrialisierungsprozeß für den einzelnen und ganze Gruppen der Gesellschaft zunehmende Gefahren. Aus den Bedingungen der industriellen Arbeitswelt ergeben sich akute Gesundheitsgefährdungen. Arbeits- und Verkehrsunfälle verursachen den größten Teil aller bleibenden körperlichen Schäden. Hohe Fließbandgeschwindigkeiten, Taktzeiten, zu kurze Pausen und Ak-

kordsysteme bestimmen den Lebensrhythmus vieler Menschen. Betriebssicherheit und Betriebshygiene werden entgegen bestehende Gesetze noch häufig vernachlässigt. Auch der Zwang zu fremdbestimmten und oft eintönigen Arbeitsleistungen führt nicht selten zu seelischen und körperlichen Störungen. Neue Gefahren für die Gesundheit gehen mit einer durch technische Entwicklung zunehmenden Umweltbelastung einher.

Die Technisierung wirkt auch auf Lebensweise und Verhaltensgewohnheiten der Menschen nachhaltig ein. Ein vor allem auf Gewinn und wirtschaftliche Macht orientiertes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das auf bloße Steigerung des privaten Konsums ausgerichtet ist, verstärkt die durch die technische Entwicklung ohnehin gegebene Gefährdung der Gesundheit. Das von wirtschaftlichen Interessen bestimmte Angebot an Gütern und das von diesen Kräften geweckte Konsumverhalten der Bevölkerung stehen oft der nach dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand notwendigen gesundheitlichen Anpassung der Lebensweise an geänderte Verhältnisse entgegen.

4.4.3

Das bestehende Gesundheitswesen ist zwar der medizinisch-wissenschaftlichen Entwicklung weitgehend gefolgt, es ist aber dem naturwissenschaftlichen Denken verhaftet geblieben und hat Einsichten in die psychischen und gesellschaftlichen Wechselwirkungen von Gesundheit und Krankheit nicht berücksichtigt. Es ist ausgerichtet an der Behandlung von Krankheitszuständen, nicht aber an deren Verhütung. Auf die Abwehr

von Gesundheitsgefahren, die unsere industrielle und wirtschaftliche Entwicklung mit sich bringt, ist unser Gesundheitswesen nicht vorbereitet. Der niedrige Stand unserer Gesundheitsbildung und Gesundheitsberatung führt leicht zu einem Verhalten der Bürger, das den gesundheitlichen Erfordernissen entgegensteht. Andererseits bleibt dem Arzt zu wenig Zeit für eingehende Beratung und Betreuung. Er setzt häufig aus ökonomischen Gründen einen eigenen technischen Laborapparat für Diagnostik und Therapie ein mit kostspieligen Folgen für die Zahlungsverpflichteten. Solcher Technisierung der Einzelpraxis steht das Absinken spezifisch ärztlicher Leistungen und die Sorge um einen funktionsfähigen Bereitschafts- und Notfalldienst gegenüber.

4.4.4

Die Säuglings- und Müttersterblichkeit ist in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber vergleichbaren Ländern unnötig hoch. Eine wirksame vorsorgende Gesundheitsbetreuung im Kindes- und Jugendalter fehlt weitgehend. Die Lebenserwartung von Männern über 50 Jahren sinkt weiter ab. Das vorzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben aus Krankheitsgründen ist unverändert hoch. Ergänzende Betreuungs- und Pflegeleistungen im ambulanten und stationären Bereich für pflegebedürftige und alte Menschen fehlen weitgehend. Die psychisch Kranken werden unzureichend versorgt. Es fehlt vor allem eine dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse entsprechende, vorwiegend auf ambulante und teilstationäre Behandlung abzielende gemeindenahere Versorgung.

Die Behandlung und Verwahrung in Großkrankenhäusern verletzt häufig die Menschenwürde.

4.4.5

Ein erheblicher Teil dieser Mängel in der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist auf das Fehlen von Planung und Koordination der Einrichtungen und Leistungen sowie auf den Mangel an Zusammenarbeit zurückzuführen. So gibt es in unserem Land – bezogen auf die Einwohnerzahl – zwar mehr Ärzte und Krankenhausbetten als in den meisten vergleichbaren westlichen Ländern, aber Fachkräfte und Einrichtungen sind ungleich verteilt. Die Bevölkerung weiter Gebiete ist ärztlich unterversorgt. Das ist die Folge eines Kasernenrechts ohne Steuerungselemente, das zusammentritt mit fehlerhaften Strukturen der ärztlichen Einrichtungen. Ambulante und stationäre medizinische Versorgung sind stark voneinander getrennt. Das mindert ihre Leistungsfähigkeit und erhöht die Kosten – z. B. durch überlange Krankenhauserweildauer – erheblich.

Der Grundsatz, daß sich Aufnahme sowie Art und Umfang der Versorgung im Krankenhaus ausschließlich nach Art und Schwere der Erkrankung und nicht nach der wirtschaftlichen und sozialen Stellung des Patienten zu richten haben, findet immer noch ungenügend Berücksichtigung. Sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich gibt es noch deutliche Beispiele für die Benachteiligung von Sozialversicherten gegenüber Privatpatienten.

Der öffentliche Gesundheitsdienst, sozialmedizinischer und betriebsmedizinischer Dienst stehen ohne Beziehungen

neben der ambulanten und stationären Versorgung. Unbefriedigende Aufgabenstellung und Arbeitsbedingungen sowie erheblich niedrigere Einkünfte der Amtsärzte gegenüber den Ärzten der freien Praxis haben die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes erheblich beeinträchtigt.

4.4.6

Unser bestehendes Gesundheitswesen ist gemessen an seiner Leistungsfähigkeit zu teuer. Veraltete Struktur und fehlende Verflechtung beschränken die Möglichkeit der Rationalisierung. Mangelhafte Steuerungs- und Kontrollelemente führen zu gesamtwirtschaftlich nicht vertretbaren Beitragsbelastungen der Sozialversicherten.

Die unverträglich hohen Kostensteigerungen werden vor allem durch die Ausgaben für Krankenhäuser, ärztliche und zahnärztliche Vergütungen sowie für Arzneimittel verursacht. Eine zu geringe Differenzierung des Krankenhausangebots, überlange Krankenhausverweildauer infolge Fehlbelegungen und das Fehlen ambulanter Nachbehandlungsmöglichkeiten und Hauskrankenpflege, insbesondere unrationelle Krankenhausorganisation tragen zu diesem Kostendruck bei. Eine die technischen Einzelleistungen begünstigende und dadurch den Leistungsumfang hochtreibende ärztliche Gebührenordnung sowie eine schwache und zersplitterte Position der Sozialversicherungsträger bei Honorarverhandlungen stellen einen weiteren erheblichen kostensteigernden Faktor dar. Auch ist hierdurch das Einkommen der niedergelassenen Ärzte stärker gestiegen als das der Beitragszahler. In der Arzneimittel-

versorgung wirken unnötige Medikamentenvielfalt, eine unkritische Bevorzugung medikamentöser Therapie vor anderen, nicht weniger wirksamen Heilmaßnahmen, eine undurchsichtige Preisbildung sowie zu hohe Handelsspannen im Großhandel und Apotheke kostensteigernd.

4.4.7

Sozialdemokraten müssen daher zum Ausbau, zur Erweiterung und zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit unserer Gesundheitsversicherung eine Reform des Gesundheitswesens durchführen. Vor allem müssen die Teilbereiche des Gesundheitswesens zu einem integrierten System der medizinischen Versorgung zusammengefaßt werden. Die angewandte Medizin muß die ausschließlich naturwissenschaftliche Orientierung überwinden und die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher und psychologischer Forschung aufnehmen, damit die in den Arbeits- und Lebensbedingungen begründeten krankmachenden Faktoren und gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einflüssen erkannt und ausgeschaltet werden können. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Ärzten und den anderen medizinischen und sozialen Fachberufen sind zu entwickeln.

Unser Gesundheitssystem muß rationell gestaltet werden. Teilbereiche müssen organisatorisch und technisch miteinander verzahnt und durch gemeinsame Einrichtungen wie medizintechnische Zentren und zentrale Informationssysteme miteinander verbunden werden. Neue Fachberufe für medizinische und soziale Tätigkeit müssen entwickelt und zu verantwortlicher Mitarbeit gewonnen werden.

4.4.8

In einem integrierten System der medizinischen Versorgung ist der Ausbau von Gesundheitsbildung und Gesundheitsberatung mit individuellen Hilfen für eine gesundheitsgerechte Lebensführung notwendig. Zur erfolgreichen Verbesserung der Gesundheitsversorgung gehören insbesondere eine gesundheitsgerechte Umwelt, Schaffung gesundheitsgerechter Wohnungen sowie Maßnahmen von Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz in einer humanisierten Arbeitswelt.

Im Krankheitsfall müssen alle Bürger Anspruch auf ein umfassendes Angebot von Maßnahmen der ambulanten und stationären Behandlung ohne Unterbrechung und bis zum bestmöglichen Behandlungserfolg haben. Soweit erforderlich gehören zu dieser Behandlungskette auch Maßnahmen zur Wiedereingliederung in die gesellschaftlichen Beziehungen. Jeder Bürger hat Anspruch auf Rehabilitationsleistungen unabhängig von der Ursache der Schädigung. Dies erfordert qualitativ und quantitativ angemessene und bedarfsorientierte Einrichtungen der Rehabilitation. Wiedereingliederungsmaßnahmen müssen frühzeitig eingeleitet und koordiniert werden.

4.4.9

Die Verantwortung für die Ordnung der medizinischen Versorgung liegt beim Staat. Jedoch sollen die Aufgaben der medizinischen Versorgung nicht von den Staatsorganen selbst, sondern soweit wie möglich im Wege der Selbstverwaltung und der gesellschaftlichen Mitbestimmung durch die betroffenen Gruppen (Vertreter der Versicherten, der im Gesundheitswesen Tätigen und der Gebiets-

körperschaften) wahrgenommen werden, wie dies dem Prinzip einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft entspricht.

4.4.10

Die soziale Krankenversicherung muß für die gesamte Bevölkerung offenstehen. Mit Hilfe des Sachleistungssystems, das für alle Personen gleiche Leistungen unabhängig von deren wirtschaftlicher Situation ermöglicht, läßt sich eine für alle Bürger optimale und gleichmäßige medizinische Versorgung bei freier Arztwahl gewährleisten.

Die soziale Krankenversicherung ist zur Verbesserung ihrer Stellung gegenüber ihren Vertragspartnern und der Pharmaindustrie durch Entwicklung leistungsfähiger Organisations- und Kooperationsformen zu stärken. Sie wird allein durch Vertreter der Versicherten verwaltet.

4.4.11

Die Integration der medizinischen Versorgung erfordert weder die institutionelle Einheitlichkeit noch die Auflösung historisch gewachsener Formen medizinischer Versorgung und freiberuflicher ärztlicher Tätigkeit. Sie können in diese Struktur funktional eingeordnet werden. Die im Gesundheitswesen Tätigen, insbesondere die freiberuflichen Ärzte, wollen wir für eine fortschrittliche Gesundheitspolitik gewinnen. Das wird durch eine steigende Zahl medizinischer Hochschulabsolventen erleichtert, deren Wunsch nach mehr ärztlicher Zusammenarbeit und eigener Freizeit einem integrierten System durchaus entspricht.

Für die Schaffung neuer Strukturen im Gesundheitswesen und die Aus-

weitung der Aufgaben ist eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Verbänden der Sozialversicherung herzustellen. Wir müssen auch den vielen Organvertretern in Sozialversicherungsträgern, ärztlichen Vereinigungen, Kirchen, Krankenhäusern, kommunalen Gesundheitsausschüssen und Gesundheitsbeiräten aller Ebenen verdeutlichen, daß das integrierte System, an dem sie teilhaben sollen, erstmals eine sinnvolle und wirksame Gestaltung der gesundheitlichen Bedürfnisse der Bevölkerung gestattet.

Schließlich setzt verantwortliches Handeln in der Gesundheitssicherung eine umfassende Information des Bürgers voraus. Um die Bevölkerung für uns zu gewinnen, dürfen wir Gesundheitspolitik nicht als spezielle Fachpolitik betrachten. Die körperliche und geistig-seelische Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die sinnvolle Lebensführung des einzelnen in seinem privaten Bereich und für sein Engagement in der Gesellschaft. Die gesellschaftlichen Voraussetzungen für Vorbeugen, Heilen und Rehabilitieren können deshalb jedem verständlich gemacht werden. Es gilt, Gesundheitspolitik als integralen Bestandteil sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik zu verstehen und öffentlich zu verfechten.

4.5 Städteplanung und Stadtentwicklung

4.5.1

Ein ständig größer werdender Teil der Bevölkerung wohnt in den sogenannten Ballungs- und Verdichtungsräumen. Die Ursache dafür ist das in diesen

Räumen relativ größere und attraktivere Arbeitsplatzangebot.

Die Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft und Standortvorteile (kurze Absatzwege = geringe Transportkosten) und die Zunahme des Dienstleistungsreichs führten zu einer Massierung der Arbeitsplätze, die die Bevölkerung nachzog.

Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots war und ist gekennzeichnet von einem starken Rückgang der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, von einem Rückgang in der standortabhängigen Industrie und einer starken Zunahme im Dienstleistungsbereich.

4.5.2

In den Verdichtungsräumen nähern sich die Umweltbedingungen kritischen Grenzen und drohen die qualitativen Lebensbedingungen zu verschlechtern. Zersiedlung der Landschaft, Verödung mancher Stadtkerne, Überbeanspruchung der Infrastruktur, Luftverschmutzung und Lärmbelästigung u. a. führen zu hohen sozialen Kosten für die Gemeinschaft und unzumutbaren psychischen und physischen Belastungen für den Einzelnen. In jüngster Zeit hat die Abwanderung aus den Innenstadtbereichen der Großstädte ein alarmierendes Ausmaß erreicht. Da die Ursachen auch in den Wohnverhältnissen zu suchen sind, müssen wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um die Lebensbedingungen in den betroffenen Großstadtbirzirken zu verbessern.

Diese Tendenz wird solange verstärkt, wie es nicht gelingt, die einseitige Orientierung unserer Gesellschaft am wirtschaftlichen Wachstum einzuschrän-

ken. Die Konflikte zwischen wirtschaftlichen Zielen und gesellschaftlichen Erfordernissen werden zur Zeit noch in der Regel zugunsten der ersteren entschieden.

Angesichts der lebenswichtigen Funktionen, die der ländliche Raum für die Gesellschaft zu erbringen hat, und der veränderten gesellschaftlich-ökonomischen Rahmenbedingungen, die die Entwicklungschancen in Teilgebieten des ländlichen Raumes mindern, ist eine Überprüfung und Weiterentwicklung räumlicher Entwicklungskonzeptionen erforderlich.

Im ländlichen Raum hat der land- und forstwirtschaftliche Grund und Boden neben privatwirtschaftlichen Funktionen zunehmende gesellschaftliche Funktionen zu erfüllen, die sich aus dem wachsenden Landbedarf für Zwecke der Allgemeinheit und aus dem entscheidenden Einfluß von Boden und Landschaft auf unsere Umwelt ergeben. Mit geeigneten Maßnahmen der Bodenordnung, des Naturschutzes und der Landschaftsplanung muß die Erfüllung dieser Funktionen gesichert werden.

4.5.3

In den Verdichtungsgebieten, insbesondere aber in den Kernstädten, klapft zwischen den von Politikern und Bürgern erkannten gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten auf dem Gebiet

- der Infrastruktur-Investitionen,
- der sozialen Dienstleistungen
- sowie
- des Umweltschutzes und dem tatsächlich Möglichen und Durchsetzbaren eine immer größer werdende Lücke. Diese Lücke wird verursacht durch

- das unzureichende Planungs- und Lenkungsinstrumentarium und
- die völlig unzulängliche Finanzausstattung der Großstädte.

Dieser Tatbestand führt zu Spannungen und Unzufriedenheit in der Bevölkerung und den gesellschaftlichen Gruppierungen, außerdem auch zu Glaubwürdigkeitsverlusten der dort überwiegend regierenden SPD und zu Zweifeln an der tatsächlichen Durchsetzbarkeit sozialdemokratischer Reformpolitik.

Veränderungen im Planungs- und Bodenrecht, die Aufstellung von Raumordnungsplänen, das Programm für die großräumige Entwicklung des Bundesgebietes, die Instrumente der Wirtschaftsstrukturpolitik, geschärftes Bewußtsein und zunehmende Anteilnahme der Bürger haben die Voraussetzungen für eine bewußte Gestaltung im Interesse einer humaneren Gesellschaftsordnung nur geringfügig verbessert.

Negative Erfahrungen bei dem Bemühen um die Durchsetzung sozialdemokratischer Ziele sind auch der Hauptgrund für eine große Anzahl innerparteilicher Streitigkeiten.

Die Entstehung von Problemen in den Verdichtungsgebieten und ihre Beseitigung sind wesentlich abhängig von der Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung. Voraussetzungen für die Bewältigung der großstädtischen Probleme sind vor allem:

- eine grundlegende Verbesserung des Planungs- und Bodenrechts,
- eine verbesserte Beteiligung der Bürger an den kommunalen Planungen,
- eine erhebliche Verbesserung der Finanzausstattung der Großstädte, die

mit einer spürbaren Erweiterung des eigenen Handlungsspielraums zu verbinden ist,

– ein verstärkter Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Ohne die Instrumente der Investitionsbeeinflussung, vor allem bei der Standortwahl, kann der weiteren Verdichtung der Arbeitsplätze und damit der Bevölkerung nicht entgegengewirkt werden. Zusätzliche Überbeanspruchung der Infrastruktur hier und Minderauslastung in ländlichen Gebieten wären die unerwünschten Folgen.

Stadtplanung und Stadtentwicklung erfordern deshalb, daß das ökonomische Prinzip seine Vorrangstellung verliert und in die Zielsetzung für eine sozialdemokratische Kommunalpolitik eingeordnet wird. Das bedeutet, daß

– die Interessen der Mehrheit der Gemeindebürger den Vorrang vor dem privaten Vorteil einer Minderheit haben,

– die Bedürfnisse der Gruppen, die sich nicht genügend artikulieren können, mehr als bisher berücksichtigt werden,

– die Nutzung des gesamten innerstädtischen Bodens den Anforderungen der Gemeinschaft entspricht und nicht die wirtschaftlichen Vorteile einzelner den Vorrang haben,

– umweltschützende Maßnahmen organisiert und umweltfreundliche Techniken entwickelt werden, damit unkontrollierte Emissionen und ungeordnete Ablagerungen, die unbehebbar Schäden oder unnötige Kosten verursachen, vermieden werden,

– die Technik dem Menschen dient und nicht über den Menschen herrscht.

4.5.4

Trotz der vordergründig lokalen Bedeutung kommunaler Probleme sind internationale Bezüge unverkennbar. Zum Beispiel:

– Regionalpolitik ist heute nationalstaatlich nicht immer durchführbar, der hohe Prozentsatz von Ausländern, insbesondere in den industriellen Schwerpunkträumen, macht dies deutlich.

– Die Abhängigkeit vom Rohstoffimport hat insbesondere die Energieversorgung zu einem kommunalpolitisch wichtigen Thema gemacht.

– Eine große Zahl der Arbeitsplätze in den Verdichtungsräumen wird von multinational disponierenden Konzernen bereitgestellt.

Die Zukunft der Städte und Gemeinden hängt damit auch von der Lösung weltweiter wirtschaftlicher Probleme und der Erweiterung des staatlichen Handlungsspielraums ab.

4.5.5

Für die Durchsetzung sozialdemokratischer Politik kommt der Problembewältigung in den Großstädten besondere Bedeutung zu. Die relativ höhere Mobilität und die engeren Kommunikationsbeziehungen verbunden mit dem ständigen Erleben ungelöster Probleme (Verkehr, Wohnen, Kriminalität usw.) führen zu einer stärkeren Politisierung; sozialdemokratische Stadtentwicklung muß die Mitwirkung der Bürger gewährleisten. Das bedeutet die stärkere Heranführung der Bürger an die Aufgaben und Probleme ihrer Gemeinde durch mehr Information und die Möglichkeit der Mitberaterung der gemeindlichen Angelegenheiten.

Die engen Verflechtungen verschiedener Politikbereiche werden nennenswert deutlich wie in den Kommunen. Die Modernisierung der Volkswirtschaft zur langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze muß in den Kommunen, vor allem durch entsprechende Planungs- und Erschließungsmaßnahmen, konkret vorbereitet und unterstützt werden. Neubau, Ausbau und Erhaltung von Bildungseinrichtungen, insbesondere überbetrieblichen Einrichtungen der beruflichen Bildung, werden auch in Zukunft von den Gemeinden große finanzielle Anstrengungen verlangen. Durch eine vernünftige gegenseitige Zuordnung von Wohn- und Gewerbegebieten, kulturellen Einrichtungen und Freizeiteinrichtungen können wichtige Voraussetzungen für eine humanere städtische Umwelt geschaffen werden. Und schließlich müssen gerade die Kommunen künftig verstärkt am Schutz sowie der bestmöglichen Wiederherstellung der Gesundheit der Bürger durch kommunale Investitionen mitwirken.

4.5.6

Als Träger vieler öffentlicher Einrichtungen und kommunaler Planungen schaffen die Kommunen die Voraussetzung für eine Verbesserung der Lebensqualität und mehr Chancengleichheit. Dabei sind besondere Schwerpunkte sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik:

– Wohnen

Wohnungen müssen am richtigen Standort mit guten Verkehrsverbindungen und angemessener Versorgung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Der Bürger

muß eine Wohnungsumgebung vorfinden, in der er seine Individualität entfalten und sich zu Hause fühlen kann, die zu sozialen Kontakten und bürgerschaftlichem Handeln anregt und weitmöglich frei von Gefährdungen und Belästigungen ist.

– Arbeiten

Wirtschaftsunternehmen und ihre Neuansiedlung müssen den anderen Lebensbereichen sinnvoll zugeordnet werden. Neuplanungen und wesentlichen Erweiterungen sollte eine Analyse der aus ihnen folgenden gesellschaftlichen Kosten und Nutzen vorausgehen. Kommunale Wirtschaftsförderung muß dazu beitragen, daß ein Arbeitsmarkt mit sicheren Arbeitsplätzen, einem vielfältigen Angebot und guten Zugangsmöglichkeiten geschaffen und gesichert wird.

– Verkehr

Die Maßnahmen zur Gestaltung des Personennahverkehrs müssen darauf ausgerichtet sein, den Anteil des öffentlichen Personennahverkehrs am Berufsverkehr wesentlich zu erhöhen und einen attraktiven Einkaufs-, Freizeit- und Erholungsverkehr anzubieten.

Das bedeutet im einzelnen:

a) der öffentliche Nahverkehr darf nur so wenig wie möglich vom Individualverkehr behindert werden,

b) an den Endpunkten leistungsfähiger Strecken des Personennahverkehrs sind Park-and-ride-Anlagen einzurichten,

c) die radial auf das Stadtzentrum ausgerichteten öffentlichen Verkehrsmittel sind durch Querverbindungen zu ergänzen,

d) Orientierungspunkte für die Tarifbildung sind der verkehrspolitische, planungs- und umweltrelevante sowie der volkswirtschaftliche Nutzen. In diesem

Rahmen müssen auch die Leistungen der Benutzer in verkehrs- und sozialpolitisch vertretbarer Weise erhöht werden.

e) durch Bildung von Verkehrsgemeinschaften und Verkehrsverbänden sowie die Fusion zwischen Trägern des öffentlichen Personennahverkehrs ist die Planung und Bedienung zusammenhängender Verkehrsgebiete sicherzustellen.

– Umwelt

Den umweltpolitischen Zielen gleichen Rang wie anderen Zielen einzuräumen, bedeutet der Stadtentwicklung umweltpolitische Rahmenbedingungen zu setzen, da die Verminderung von unzumutbaren Belastungen und Schädigungen die Korrektur eingetretener Schäden überflüssig macht. Beim Abwägen der Umweltfolgen ist die Grenze dort, wo durch öffentliche oder private Vorhaben mit Sicherheit die Gesundheit der Bürger stärker gefährdet wird und nicht mehr wiedergutzumachende Dauerschäden der Stadt mehr drohen als durch die Nicht-durchführung.

– Bildung, Kultur, Freizeit, Sport
Es ist ein Konzept zu entwickeln, das ein vielfältiges soziales Beziehungsgeflecht von Bildung, Kultur, Geselligkeit, Sport und Freizeit gewährleistet. Das bedeutet die Verzahnung der Schulentwicklungsplanung mit der Planung der Volkshochschulen, der Museen, der Bibliotheken, der Jugendeinrichtungen und der Einrichtungen für Freizeit und Sport. Dieses Konzept muß aber auch berücksichtigen, daß Wohn- und Freizeitbereiche von den anderen Lebensbereichen nicht getrennt werden und die Anbindung durch den öffentlichen Personennahverkehr gewährleistet ist.

– Soziale Sicherung und Integration
Einrichtungen für Alte (Altenwohnungen, Altenheime, Altenwohnheime, Altenklubs, Altenbetreuung), für Behinderte (Wohnungen, Arbeitsplätze, Bildungsstätten), im Gesundheitswesen (Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, Arzthäuser, öffentlicher Gesundheitsdienst) sind zu realisieren und zu betreiben. Dies ist durch die Einrichtung von Altenklubs, die den Einsatz der Umweltverbände im täglichen Leben von Kindern, Jugendlichen und die Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigen, die Verknüpfung eines Gesundheitsdienstes mit der gesundheitlicher Versorgung durch eine enge Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Ärzten, Krankenhäusern und öffentlichem Gesundheitsdienst ermöglichen und ambulante und stationäre Versorgung besser miteinander verbinden.

4.5.7

Planungen und Maßnahmen von Bund und Ländern müssen – im Sinne der im Abschnitt 2. entwickelten Vorschläge – den Gemeinden soviel Raum lassen, daß sie durch Nutzung aller ihnen gegebenen Möglichkeiten, Spielräume und Instrumente auf örtlicher Ebene selbst aktive Stadtentwicklung betreiben können.

Stadtentwicklungsplanung muß dafür sorgen, daß die einzelnen Fachplanungen (Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Umwelt, Bildung, Kultur, Freizeit, Sport, soziale Sicherung) zusammengefaßt, aufeinander abgestimmt und Prioritätsentscheidungen getroffen werden. Dazu gehört die Finanzplanung mit den laufen-

den Ausgaben, den Investitions- und Folgekosten, die Personalplanung mit der Absicherung der personell ausreichenden Ausstattung der kommunalen Einrichtungen und die Flächenvorsorge und -planung für diese Einrichtungen. Stadtentwicklungsplanung bedeutet die Aufstellung eines Programms, das alle Planungen miteinander integriert und unter Berücksichtigung der politischen Gegebenheiten den bestmöglichen Einsatz der kommunalen Maßnahmen ermittelt.

Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren, Einwohner- und Bürgerversammlungen und Bürgerberatungen können bessere Voraussetzungen für eine stärkere Heranführung der Bürger an die Aufgaben und Probleme ihrer Gemeinde schaffen.

4.5.8

Da die Städte und Verdichtungsgebiete fast alle Strukturprobleme unserer Gesellschaft wie mit einem Brennspiegel zusammenfassen, wirft der Versuch zur Lösung dieser Probleme auch sämtliche Fragen der Strategie sozialdemokratischer Politik auf. Die Ermittlung der konkreten Bedürfnisse der Bürger, der einander entgegenstehenden Interessen, die Gewinnung der in den Verdichtungsgebieten besonders zahlreichen gesellschaftlichen Zwischenschichten, die Formulierung und überzeugende Vertretung eines sowohl umfassenden als auch konkreten Programms realistischer Reformen – alle diese Probleme sind in den Verdichtungsgebieten noch schwieriger zu lösen als in der übrigen Gesellschaft. Allzu einfache gesellschaftliche Erklärungsversuche („Kapital“ gegen „Arbeiterklasse“) versagen hier ebenso wie vereinfachte politisch-strategische Alternati-

ven (Wohlfahrtspolitik von oben oder „Massenmobilisierung“). Das durch die gesellschaftlichen Verhältnisse geprägte, nicht eindeutige, ambivalente Verhalten der meisten Menschen gerade in den Städten und Verdichtungsgebieten, das sowohl von Reformervorwartungen und Mitbestimmungsforderungen als auch von Ängsten und Sicherheitsbedürfnissen geprägt wird, verlangt eine sozialdemokratische Politik, die Offenheit und Festigkeit, Kritikfähigkeit und Selbstsicherheit, konkrete Problemlösungen für heute und langfristige Perspektiven glaubwürdig miteinander verbindet.

4.6 Die Gleichstellung der Frauen

4.6.1

Die Ziele des demokratischen Sozialismus – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – können nur dann verwirklicht werden, wenn sie auch im Zusammenleben von Mann und Frau bewußt und einschränkungslos akzeptiert werden. Frauen wie Männer können nur dann erfolgreich gegen Unfreiheit und Ungerechtigkeit kämpfen, wenn sie miteinander solidarisch sind, wenn zwischen ihnen Freiheit und Gerechtigkeit herrscht. Freiheit und Gleichheit bedeuten hier konkret, daß Männer und Frauen in Beruf und Familie bewußt und gemeinsam entscheiden, welche Aufgabe sie jeweils zu übernehmen bereit und in der Lage sind. Solidarität heißt, daß Männer und Frauen erstrebenswerte Ziele als gemeinsam erleben und gemeinsam durchsetzen, daß es nicht darum geht, sich voneinander zu emanzipieren, sondern daß

es allein darauf ankommt, sich gemeinsam von gesellschaftlichen Zwängen, Herrschaft und überholten Vorstellungen zu befreien.

4.6.2

Frauen sind von dem Widerspruch zwischen den Möglichkeiten der Nutzung gesellschaftlichen Reichtums für alle und der Wirklichkeit der Ungleichheit seiner Verteilung besonders betroffen. Die tatsächliche Benachteiligung der Frauen in unserer Gesellschaft ist offensichtlich:

– Frauen haben faktisch schlechtere Bildungs- und Ausbildungschancen als Männer. Das zeigt sich z. B. im Vergleich der erreichten Schulabschlüsse und in der vergleichsweise geringeren formalen beruflichen Qualifikation.

– Frauen sind benachteiligt in der Entlohnung. Bei gleichwertiger Arbeit ist der durchschnittliche Bruttoverdienst der Arbeitnehmerin erheblich niedriger als der des Arbeitnehmers.

– Bestimmte Berufe und Tätigkeiten, die fast ausschließlich von Frauen ausgeübt werden, bezeichnet man kurzerhand als leichte oder minderqualifizierte Arbeit. Diese wird entsprechend bezahlt, obwohl längst feststeht, daß sie ein Höchstmaß an Fertigkeit und Konzentration erfordert und durch ihre Monotonie besondere Belastungen mit sich bringt. „Leichtlohngruppen“ bestimmte Dienstleistungsberufe u. a. m. überbezahlte Heimarbeit sind Beispiele hierfür.

– Frauen sind benachteiligt im beruflichen Aufstieg. Beruflicher Aufstieg hängt von entsprechender Aus- und Fortbildung, von der Bereitschaft und Möglichkeit ab, berufliche Mehrbelastung zu übernehmen. Außerdem sind Vorur-

teile gegenüber den Frauen und der Frauen selbst häufig Grund dafür, Frauen nicht für Aufstiegspositionen zu beachten.

– Frauen sind benachteiligt in ihrer sozialen Sicherung. Nichterwerbstätige Frauen z. B. sind hinsichtlich ihrer Kranken- und Rentenversicherungen benachteiligt, soweit sie nur abgeleitete Ansprüche haben.

– Frauen sind benachteiligt in der Wahrnehmung politischer Ämter. Mehrfachbelastung und Vorurteile stehen auch hier im Wege und erschweren es den Frauen erheblich, gleichberechtigt politische Verantwortung zu übernehmen.

– Frauen sind benachteiligt durch Mehrfachbelastung im Alltag. Mit der Versorgung des Haushalts und der Erziehung der Kinder übernehmen die Frauen neben ihrem Beruf gesellschaftlich notwendige Aufgaben, für die sie kein Entgelt erhalten. Geben sie angesichts dieser Mehrfachbelastung ihren Beruf zugunsten der Familie auf, so verzichten sie damit auf eigenes Einkommen und materielle Unabhängigkeit. Sie müssen eine drastische Minderung ihrer Altersversorgung und ihrer Lebenschancen hinnehmen.

– Landfrauen und Frauen, deren Männer selbständig sind, sind von dieser Mehrfachbelastung in besonderem Maße betroffen, da sie im eigenen Betrieb mitarbeiten und auf die Anerkennung durch finanzielle Entlohnung für außerhäusliche Arbeit zusätzlich verzichten müssen.

Vor allem aber sind es Frauen, die aufgrund dieser traditionellen Rollenverteilung und der Erziehung zur Annahme dieser Rolle nicht nur Benachteiligungen für sich selbst widerspruchlos hinnehmen, sondern als Erzieher dieses Selbstverständnis an die Kinder weitergeben.

Solange die Frauen ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung in der Gesellschaft nicht als Aufgabe begreifen, vermindern sich die Chancen für die Entwicklung unserer Gesellschaft zu mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

4.6.3

Das Godesberger Grundsatzprogramm betont zu Recht, daß die Verwirklichung von Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft die psychologischen und biologischen Eigenarten der Geschlechter beachten muß. Die konservative Ideologie der „naturegebenen“ Verteilung der gesellschaftlichen Geschlechterrollen verhindert aber die Selbstbestimmung und Entfaltung der individuellen Fähigkeiten der Frau. Sie hat eine große Verschwendung von Begabungen zur Folge. Deshalb will sozialdemokratische Politik die Möglichkeiten zur Überwindung der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau erweitern.

Die Erziehung der Kinder als gesellschaftlich besonders wichtige Aufgabe muß in der Regel von Mann und Frau gemeinsam getragen werden. Die einseitige Orientierung des Mannes auf die Arbeitswelt hindert ihn daran, Fähigkeiten zu entfalten, die nicht unmittelbar in der Ausübung des Berufes gebraucht werden. Humanere Arbeitsbedingungen und der weitere Abbau der täglichen Arbeitszeit können langfristig die Voraussetzungen dafür verbessern, daß sich Mann und Frau intensiv der Familie widmen. Allen Frauen muß das Recht gesichert werden, durch Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, Aufstiegsmöglich-

keiten, angemessene Arbeitsbedingungen und gerechte soziale Sicherung ihre Persönlichkeit zu entfalten. Eine Berufstätigkeit der Frau darf nicht als notwendiges Übel angesehen werden, sondern muß als eine Chance zur Selbstverwirklichung verstanden werden. Sie gibt der Frau materielle Unabhängigkeit, soziale Kontakte, Selbstbestätigung, mehr Anerkennung – auch in der Familie – und trägt so wesentlich dazu bei, Diskriminierungen aufzuheben und Gleichberechtigung zu verwirklichen.

Nächste Schritte in diese Richtung müssen sein:

Im Bereich der Arbeitswelt:

– Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ muß verwirklicht werden.

– Gleiche Aufstiegschancen für Frauen und Männer sind zu erreichen. Die Überbewertung von formalen Berechtigungen muß durch eine Bewertung der tatsächlichen Qualifikation – vor allem der in der Arbeit gewonnenen Erfahrungen – ersetzt werden.

– Arbeitsplätze und Arbeitsleistung müssen neu bewertet werden; dabei muß die physische, aber auch die psychische Belastbarkeit des einzelnen Berücksichtigung finden.

Der Festlegung von Frauen auf sogenannte spezifische Frauenberufe muß durch rechtzeitig ansetzende, gezielte Berufsberatung entgegengesteuert werden.

– Eigenständige soziale Sicherung für Frauen muß erreicht werden, Zeiten der Kindererziehung und der Betreuung pflegebedürftiger Familienmitglieder sind in begrenztem Umfang bei der Renten-

berechnung anzurechnen. Lohndiskriminierungen aus der Vergangenheit sind durch Pauschalbeträge auszugleichen und andere Ausfallzeiten, wie Zeiten der Ausbildung, sind absolut gleich zu bewerten wie bei Männern.

– Im Steuerrecht noch bestehende Benachteiligungen für erwerbstätige Frauen sind zu beseitigen; dabei muß die Begünstigung der Einverdienerehe durch das Splittingverfahren abgebaut und die steuerliche Gleichstellung der unvollständigen mit der vollständigen Familie erreicht werden.

– Verkürzung der Arbeitszeit, bei gleichzeitiger Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle, ist zu erreichen.

Im Bereich der Bildung:

– Das Recht auf Bildung muß auch für Frauen über den formalen Anspruch hinaus tatsächlich verwirklicht werden. Durchlässigkeit aller Ausbildungseinrichtungen für Mädchen und Buben und die Schaffung eines integrierten Gesamtschulsystems müssen erreicht werden; dies sind unabdingbare Voraussetzungen für gleiche Qualifikation und gleiche Lebenschancen aller Jugendlichen.

– Übergreifendes Ziel aller Bildungseinrichtungen muß die Vermittlung von Fähigkeiten und Kenntnissen zur Beherrschung der Umwelt, d. h. Qualifizierung für einen Beruf und Aneignung von sozialen Fähigkeiten, kritischem Denken und der Fähigkeit zu solidarischem Handeln sein.

– Mädchen und Jungen müssen nach gleichen Lehrplänen in denselben Unterrichtsfächern unterrichtet werden, dabei sind falsche Rollenklischees, die zu Be-

nachteiligungen führen, aus Lehrplänen und Schulbüchern zu beseitigen. Lerninhalte, die an konkreten Lebenserfahrungen der Schüler ansetzen, müssen neu erarbeitet werden.

– Die berufliche Ausbildung muß in öffentlicher Verantwortung und Kontrolle stattfinden; Integration der allgemeinen und der beruflichen Bildung ist durchzusetzen und eine allgemeine Berufsbildungspflicht für alle Jugendlichen anzustreben.

– Die Lernenden müssen das Recht und die Möglichkeit zur Selbstorganisation im Rahmen vorgegebener Lernziele haben. Mitbestimmung von Lehrern, Schülern und Eltern im Bildungsprozeß ist zu verwirklichen.

– Die Schule muß auf lebenslanges Lernen vorbereiten. Die öffentliche Erwachsenenbildung muß ausgeweitet werden. Für Frauen müssen ausgehend von ihrer sozialen Struktur spezifische Bildungsangebote gemacht werden, die einerseits den Hausfrauen die Möglichkeit bieten, sich weiterzubilden (auch in ihrem Bereich) oder sich neu beruflich zu qualifizieren und berufstätigen Frauen neue Aufstiegschancen eröffnen, andererseits alle Frauen befähigen, sich gleichberechtigt am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen.

Im Bereich Familie:

– Die Familie ist zu befähigen, ihre Erziehungsaufgaben wahrzunehmen. Dabei ist sie von Aufgaben zu entlasten, die kooperativ oder öffentlich besser erfüllt werden können.

– Erziehungslleistung und die Pflege kranker oder alter Familienmitglieder ist als gesamtgesellschaftlich notwendig

Aufgabe anzuerkennen und rentenrechtlich abzusichern.

– Väter sind in gleichem Maße mit der Versorgung und Erziehung der Kinder zu betrauen. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung soll dies ermöglichen.

– Familienergänzende Erziehung muß durch differenziertes, öffentliches Angebot, wie Tageseinrichtungen für Kleinstkinder, Kindergarten, Kindertagesstätten und Ganztagschulen, sichergestellt werden. Ihre Organisation (Öffnungszeiten etc.) muß von der Situation berufstätiger Eltern ausgehen. Erzieher, Eltern und Kinder sollen in demokratischer Weise Mitbestimmung ausüben können.

– Es müssen neue Wohnformen entwickelt werden, die dem einzelnen mehr Entfaltungsmöglichkeiten bieten und die Kommunikation und Solidarität aller Bewohner fördern, Hausfrauen aus ihrer Isolation lösen und die Abkapselung der Familie gegenüber der Umwelt überwinden helfen. Dabei sind Frauen, als die von der Unwirtlichkeit unserer Wohngebiete und Städte am stärksten Betroffenen, in besonderem Maße an Planungsprozessen und Initiativen zur Behebung von Mißständen zu beteiligen.

– Über die gegenwärtige Reform des Familien- und Eherechts hinaus müssen Gesetze und Rechtsprechung ständig darauf überprüft werden, ob sie ein Optimum an Entfaltungsmöglichkeiten aller Familienmitglieder – fußend auf gleichen Menschenrechten für Kinder, Frauen und Männer – bieten.

– Die anstehende Reform des Jugendhilfsrechts muß jedem jungen Menschen ein Grundrecht auf Erziehung und

Bildung gewähren und seine Rechtsstellung gegenüber Eltern und Staat durch wirksame Mit- und Selbstbestimmungsrechte verbessern. Jugendliche darf den Jugendlichen nicht als Objekt staatlicher und familiärer Maßnahmen sehen.

4.6.4

Die Benachteiligungen und Diskriminierungen der Frauen in unserer Gesellschaft stellen kein isoliertes Problem dar. Frauen sind durch allgemeine Mängel der Gesellschaft, durch die auch andere Gruppen benachteiligt sind, insbesondere in demokratischer Weise Mitbestimmung ausüben können. Es müssen neue Wohnformen entwickelt werden, die dem einzelnen mehr Entfaltungsmöglichkeiten bieten und die Kommunikation und Solidarität aller Bewohner fördern, Hausfrauen aus ihrer Isolation lösen und die Abkapselung der Familie gegenüber der Umwelt überwinden helfen. Dabei sind Frauen, als die von der Unwirtlichkeit unserer Wohngebiete und Städte am stärksten Betroffenen, in besonderem Maße an Planungsprozessen und Initiativen zur Behebung von Mißständen zu beteiligen.

Die Gleichstellung der Frau ist ein gesellschaftliches Problem, das nur gemeinsam von Männern und Frauen bewältigt werden kann. Die Benachteiligungen und ihre Ursachen müssen aufgezeigt und begriffen werden. Eine Lösung der Probleme kann nicht allein durch neue Gesetze und materiellen Ausgleich erreicht werden. Der Erfolg wird vielmehr davon abhängen, ob es gelingt, den nötigen Umdenkungsprozeß in Gang zu setzen und damit eine Änderung im gesellschaftlichen Bewußtsein zu erreichen.

Die SPD wird diese Politik nur dann glaubhaft vertreten können und für andere gesellschaftliche Gruppen beispielgebend sein, wenn sie in ihren eigenen Reihen mit der Gleichstellung der Frauen ernsthaft